Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...ung" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...lich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: ...ger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 ... Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. ... konto: Leipzig 264 71. Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger ... Verlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14

...preis 10 Pfennig | Halle, Mittwoch, den 23. November 1932 | 12. Jahrgang, Nr. 271

...apen selbst schlägt Hitler vor!

...ler schwört auf Papen-Programm — Proletariat auf Kampfposten!

...tument des nationalen Verrats der Nazis

...jährigen Jahrestag des Marsches auf Rom hielten die ...r Südtirols, die mussolinischen Unterdrücker des ...Faschismus, in einer die ganze deutsche Bevölke...rung provozierenden Weise am Fuße des italienischen ...mals in Bozen (Südtirol) eine Siegesfeier ab. Unser ...e nationale Schande der Hitler-Partei, ...durch eine Abordnung bei dieser Triumph...Mussolinis im unterdrückten Südtirol ver...tritt. Die Delegation stand unter Führung des gestück...Standartenführers Eicke, der an...geblich aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, was sich aber als Schwindel erwiesen hat. Seht sie euch an die braune Verräterbande inmitten der italienischen Offiziere am Fuße des Triumphmals über die Südtiroler Deutschen. Diese Soldknechte im Dienste des internationalen Finanzkapitals waren soeben zusammen mit dem Stahlhelmhäuptling Seldte bei Mussolini. Die Abgesandten Hitlers, Rosenberg und Goering, sind von Rom direkt zum Hotel Kaiserhof in Berlin gefahren, um die Wünsche und Befehle Mussolinis dem Hitler zu überbringen.

...ach und Schande über die schmutzigen Verräter vom Hakenkreuz, die Hitler, Goebbels ...nger, die überall im Dienste der Weltfinanz das werktätige deutsche Volk preisgeben.

Der Kuhhandel

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. November.

In Geheim-Konferenzen und Geheim-Schreiben geht der Schacher um die Regierungsbildung weiter. Im „Kaiserhof", dem feudalen Standquartier Hitlers, geben sich preußische Scharfmacher, französische Magnaten, Großagrarier, Generale und Prinzen ihr Stelldichein, um mit Hitler zu beraten, in welcher Weise seine Eingliederung in die faschistische Konzentrationsregierung am besten erfolgen kann.

Schon schreibt das Essener Naziorgan „National-Zeitung" über den Pakt Hitler-Hindenburg:

„Wir Nationalsozialisten sind uns darüber klar, daß bis zu einem gewissen Grade dieses Wirtschaftsprogramm (Papens) schon nicht mehr ausgeschaltet werden kann."

Hitler steht also schon gerade für den Lohnabbau, für den Unterstützungsabbau, der volksfeindlichen Politik Papens. Schon verhandelt dieser Hitler über die künftige Regierungsbildung mit dem Inflationskanzler Cuno, mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht und hat durch die Vermittlung des berüchtigten Herzogs von Coburg-Gotha mit Hugenberg die Fühlung aufgenommen.

Das ganze Volk soll es wissen: Hitler ist nichts anderes als der Soldknecht und Fronvogt der kapitalistischen Herrenschicht gegen die Volksmassen.

Aber ob Hitler-Regierung oder Neuauflage des Papen-Schleicher-Kabinetts mit entfaltetter Militär-Diktatur — in jedem Falle geht es gegen das Proletariat. Darüber wird sich die Arbeiterschaft auch nicht durch die Beruhigungspillen der sozialdemokratischen Führung täuschen lassen.

Hindenburg drängt auf schnelle Entscheidung. Wie sie auch ausfällt, das Proletariat gibt sich keinerlei Illusionen hin. Für die Arbeiterschaft gibt es nur eins: Wachsam sein, schnellste Formierung der roten Einheitsfron... Bereit sein!

...wird die Wirtschaft „angekurbelt"!

...illegung des Kaliwerkes Krügershall — Lohnabbau im Mühlengewerbe angedroht!

...Meldung.) Wansleben, den 23. November.

...ätige von Krügershall sind dabei, ihren frechen ...n die Belegschaft auszuführen. Es handelt sich ...ng raffiniert eingefädeltes Manöver, einen groß...nabbau bei den Kalikumpels durchzusetzen. Am ...Tage erschien ein Aushang am schwarzen Brett, ...November die ganze 600 Mann starke Beleg...ft ist. Grund: „Vorübergehende Stillegung, ...überfüllte Lager und Speicher". (!)

...ige wollen bei Wiedereinstellung der Belegschaft Reverse vorlegen mit ganz erheblichen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das durchschauen die Kumpels heute schon. Die Stimmung in der Belegschaft ist äußerst erregt, vor allem auch gegen die reformistischen Betriebsräte und die Vertröstungsmanöver. Die Kumpels diskutieren auch über die heutige politische Situation. Sie sagen: „Es wird nicht eher anders, als bis wir die Verhältnisse selbst ändern", ja sie werfen offen die Frage eines befristeten Proteststreiks gegen jede neue Diktaturmaßnahme auf.

Heute müssen Belegschaftsversammlungen organisiert werden, die die notwendigen Kampfbeschlüsse nach jeder Richtung hin zu fassen haben.

...Lohnabbau, und wir werfen die Klamotten hin!"

...Meldung.) Eisdorf, den 23. November.

...ben des Betriebsrates der Grube „Alt-Zicher-...e Verhandlungen vor dem Schlichter gescheitert. ...ige Aushang ist bisher noch nicht erfolgt. Der Betriebsrat verstand es bisher, jede Beleg...mlung zu sabotieren. Die Stimmung im Be...Kampf. Die Kumpels erklären: „Einen ...Lohnabbau, und wir werfen die Klamotten hin! Der Aushang am schwarzen Brett, der einen Lohnabbau verkündet, wird mit Streik beantwortet."

*

Die Lohnverhandlungen für das Mühlengewerbe in Mitteldeutschland sind durch einen Schiedsspruch beendet. Die Bestimmungen des Manteltarifs bleiben in Kraft, die Lohnsätze werden um 3,5 Prozent herabgesetzt.

Rettung vor Hunger und Frost!

Von Wilhelm Koenen

Nie war in Deutschland so viel Ueberfluß wie gegenwärtig. Nie hatten wir so riesige Rekordernten. Nie waren die Kohlenberge so hoch wie jetzt. Alles, was wir am dringlichsten zum Lebensunterhalt brauchen, ist in überwältigenden Mengen da.

Die kapitalistische Presse bringt Tag für Tag in ihrem Wirtschaftsteil langatmige Auseinandersetzungen darüber, wie all dieser Ueberfluß untergebracht werden soll. Die ganze Kapitalistenbrut kennt dabei, vom Großagrarier bis zum Großhändler einschließlich der Kohlenbarone, nur das Ziel der Aufrechterhaltung der höchsten Preise.

Durch Preisermäßigung, durch Verbilligung die riesigen Bestände unter die notleidenden Massen zu bringen, lehnen die kapitalistischen Ausbeuter rundweg ab. Sie haben die Macht und halten die Preise hoch. Der Preisabbauschwindel ist längst begraben. Die Auswucherung des eigenen Volkes gehört zum kapitalistischen Herrschaftssystem.

Alles Brot, was wir verzehren und auch das, was man uns vorenthält, alle Kartoffeln und alle Kohlen kommen aus deutschem Grund und Boden. Es sind inländische Massenprodukte, über die wir volle Verfügungsfreiheit haben sollten. Aber unter den „nationalen" Regierungen sind diese Produkte „deutscher Erde" keineswegs für die deutschen Werktätigen da. Sie können mit ihren Familien hungern, in Krankheit und Elend dahinsiechen, sie können mit ihren Familien frieren und zugrunde gehen. Eher wird deutsches Brot, werden deutsche Kartoffeln und deutsche Kohlen vernichtet, als daß das nationale Deutschland diese Ueberschüsse den hungernden und frierenden Massen überläßt.

Wo bleibt der Ueberschuß?

Die deutsche Roggenernte brachte in diesem Jahre 8 Millionen Tonnen. Wie die „Germania" bereits am 22. Juli erschreckt berichtete, verbrauchen wir nach Schätzungen „nicht mehr als höchstens 5 Millionen Tonnen Roggen pro Jahr für die menschliche Ernährung". Danach sind also für dieses Jahr der krassesten Not 3 Millionen Tonnen Roggen Ueberschuß vorhanden. Wohin damit? Das christliche Blatt schrieb in dem gleichen Artikel, „daß der Rest entweder ins Ausland oder aber in den Futtertrog wandern müßte". Jetzt hat die Reichsregierung noch einen dritten Weg nach dem Rezept des sozialdemokrati-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0001

schen Roggenkommissars Baade beschlossen, nämlich die sogenannte Magazinierung.

Was bedeutet diese Verschleuderung des Getreideüberflusses? Ins Ausland wandert der deutsche Roggen zu solch niedrigen Schleuderpreisen, daß z. B. im vorigen Winter in Kopenhagen 10 Pfund Brot aus deutschem Roggen nur 90 Pfennig kosteten, während die gleiche Brotmenge in deutschen Städten 1,90 Mark kostete.

Große Mengen Getreide werden den hungernden Menschen entzogen und als Viehfutter verwendet. Dazu werden mehrere hunderttausend Tonnen mit dem Farbstoff Cosin rot gefärbt und vergällt. So wandert menschliche Nahrung, nach der Millionen schreien, einfach in den Futtertrog. — Diese Methode findet aber auch schon Widerspruch. Nicht bei den sozialdemokratischen Volksbetrügern, die ihren Baade auch für diesen Zweck der Regierung Brüning-Schiele zur Verfügung stellten, der Widerspruch kommt vom Viehmarkt. Durch den halb verschenkten Roggen würde das Mästen von Vieh aller Art so verbilligt und gefördert, daß jetzt — o Schreck — die Fleischpreise zu sinken beginnen! Das müßte verhindert werden.

Jetzt hat die Papen-Regierung die Magazinierung als Hauptmittel der Fortschaffung des Roggens vom Brotmarkt beschlossen. Schon unter Brüning hat Baade, der Sozialdemokrat, für 67 Millionen Mark Steuergelder große Roggenmengen aufgekauft und eingelagert. Das nennt man magazinieren. Der Agrarier kriegt seine volle Ernte aus Steuergroschen bezahlt und das Reich läßt dann einen großen Teil des Korns verkommen, um es nur ja nicht in die Hände und Mäuler der hungernden Massen gehen zu müssen.

Die Kommunisten haben wiederholt in den Parlamentsausschüssen, im Reichstag und auch im Landtag beantragt, den Roggenüberschuß so zu verwenden, daß alle Unterstützungsempfänger etwa jede Woche ein Brot extra als Zusatzunterstützung erhalten. Doch haben alle Parteien, von der Sozialdemokratie über Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, unseren wahrhaft rettenden Vorschlag rundweg und brutal niedergestimmt. Sie glauben nicht an den Hunger der Erwerbslosen und anderen Unterstützungsempfänger, sie waren frech genug, zu behaupten, daß bei einer solchen Gratisverteilung von Brot das übrige ja nicht mehr gekauft würde. Wir wiederholen: diese sozialen, christlichen und nationalen Herren glauben nicht an den Hunger der Massen — der muß ihnen erst noch bewiesen werden.

Wie der Millionen-Kartoffelüberschuß verwüstet wird!

Nach amtlichen Meldungen sind in diesem Jahre 45,3 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Das ist eine seit vielen Jahren nicht mehr erreichte Rekordziffer. Für Selbstversorgung, für die Versorgung der Städte und als Saatkartoffeln einschließlich Schwund werden insgesamt kaum 20 Millionen Tonnen Kartoffeln verbraucht. Es bleibt uns also ein Ueberschuß von 25 Millionen Tonnen Kartoffeln. Das ist mehr als eine nochmalige Jahresversorgung der gesamten Bevölkerung nach dem bisherigen Stand. Die Ernährungslage könnte also noch mehr als dem Roggen um das Doppelte verbessert werden. Aber die herrschenden Gewalten verweigern den Massen die Auslieferung dieser Kartoffeln. Sie wollen nicht, daß deutsche Familien sich an deutschen Kartoffeln sattessen. Sie wollen überhaupt nicht die Versorgung der Bevölkerung, sie wollen nur Geschäfte machen und Profit!

Die Hauptverwüstungsmethode ist das Verbrennen der Kartoffeln zu Sprit. Schon unter der Brüning-Regierung wurden erhöhte Mittel für diese Vermöbung eines der wichtigsten Nahrungsmittel durch die Reichstagsmehrheit zur Verfügung gestellt. Jetzt ist bereits so viel Sprit auf Lager, daß die Lagerräume nicht ausreichen und Kähne mit in Anspruch genommen werden müssen. Diese Spritlager übersteigen bei weitem den Bedarf eines ganzen Jahres. Auch hier ersaufen wir buchstäblich im Ueberfluß. Aber die Papen-Regierung kauft trotzdem durch das Reichsspritmonopol allen neuen Spiritus auf, den die agrarischen Großbrenner aus Millionen Tonnen Kartoffeln erzeugen. Alles auf Kosten der Steuerzahler.

Andere Millionen Tonnen Kartoffeln werden in Kartoffelmehl verwandelt. Um dafür Massenabsatz zu schaffen, hat die Regierung den Beimischungszwang für Kartoffelmehl zum Roggenbrot verordnet. Heller Wahnsinn! Roggen ist im Ueberfluß da, aber die Kartoffel-Agrarier wollen auch ihren Profit, also herein mit dem Kartoffelmehl ins Roggenbrot. Damit wird zwar das Brot schlechter und teurer, aber der kapitalistische Wahnsinn ist eben Regierungsmethode. Nicht Massenversorgung, sondern Profit ist die Losung! Gleichzeitig wird so die Kriegsernährung wieder vorbereitet.

Der riesige Rest von Millionen Tonnen Kartoffeln wird als Viehfutter verwandelt oder in riesige Mieten gebracht, die im Frühjahr dann zahlreich dem Verderben überlassen bleiben. Nur keine Winterversorgung für die werktätigen Massen, sondern Presse hochhalten, um dann mit den gelagerten Beständen spekulierend Extraprofite zu machen, so treibt es der Wucher der Großagrarier in Deutschland!

Als die kommunistische Reichstagsfraktion im letzten Herbst beantragte, den Kartoffelüberschuß den Erwerbslosen kostenlos auszuliefern, waren die sozialen, christlichen und nationalen Vertreter von SPD bis Nazis einmütig gegen einen solchen Rettungsplan. Sie lassen buchstäblich die verelendeten Massen bei vollen Scheunen verhungern. — Darüber hinaus werfen sie noch Geld hinterher, um diese Verwüstungspolitik durchführen zu können. Denn wenn die Regierung wirklich die Kartoffeln den Unterstützungsempfängern gratis geliefert hätte, so wäre das noch 7 Millionen Mark billiger als das Verbrennen der Kartoffeln! Nur keine Volksernährung, sondern die Verwüstung der wichtigsten Volksnahrungsmittel, mag es kosten, was es will, das nennt man dann Schutz der nationalen Arbeit!

Mehr als 12 Millionen Tonnen Kohlenüberfluß!

Die amtlichen Ausweise bestätigen allmonatlich, wie die riesigen Kohlenberge in Deutschland immer höher wachsen. Im Ruhrgebiet liegen, wie bürgerliche Zeitungen melden, „unüberseehare Kohlen- und Koksberge". Diese Halbendestände umfassen gegenwärtig mehr als 12 Millionen Tonnen Steinkohle. Das ist mehr als der gesamte Hausbrandverbrauch eines Jahres. Das ist doppelt und dreifach so viel wie nötig wäre, um alle Unterstützungsempfänger in Deutschland für den ganzen Winter mit Hausbrand zu versorgen.

Jetzt liegen die riesigen Kohlenberge da und erhöhen sich von Monat zu Monat. Die raffgierige Spekulation der Schlotbarone, anläßlich des belgischen Bergarbeiterstreiks durch große Auslandslieferungen neue Millionenumsätze zu machen, ist fehlgeschlagen, denn da drüben liegen auch unerhörte Vorräte. Gewaltige Kapitalien sind in den Kohlenbergen festgelegt. Monat für Monat erfordert das Millionen von Zinsen. Dafür schreit dann die Schwerindustrie nach Subventionen aus der Reichskasse!

Nur keine Verdilligung zur besseren Versorgung der Massen. Diese raffsüchtige Profitgier treibt die tollsten Blüten. Schon kommen Meldungen, daß einige dieser riesigen Kohlenberge im Ruhrgebiet durch Selbstentzündung von innen heraus zu schwelen und verbrennen beginnen. — Heller Wahnsinn, aber kapitalistische Regierungsmethode!

Wo die Kommunisten Anträge stellen, den Unterstützungsempfängern einige Zentner Kohlen als Wintervorrat zu liefern, damit sie in ihrem Hunger und Elend wenigstens eine warme Stube haben, werden solche Anträge von den herrschenden Parteien, SPD bis Nazis, durchweg schroff abgelehnt. Es ist kein Geld da, das ist immer die Ausrede. Geld für Subventionen, um Kohlenberge aufhäufen zu können, ist da! Nur für Massenversorgung nicht! Gestützt werden nicht die verelendeten Massen der werktätigen Bevölkerung, gestützt wird immer nur der kapitalistische Profit.

Her mit dem Ueberfluß! — Was ist zu tun?

Leicht wäre die Massenversorgung, leicht wäre aller Hunger in Deutschland gestillt, leicht wäre die Sicherung gegen Kälte und Frost, wenn in Deutschland — Kommunisten regierten!

Aber heute, unter kapitalistischer Herrschaft, können die Erwerbslosen, die Unterstützungsempfänger auch die teilweise Linderung ihrer Not nur durch unablässigen Massendruck erzwingen. Nur aus Furcht vor Massenbewegungen werden die herrschenden Gewalten etwas von dem Brot, etwas von den Kartoffeln und den Kohlen für die Unterstützungsempfänger herausrücken.

Unter der Losung: Oeffnet die Kohlenhalden, die Kartoffelmieten, die Getreidespeicher für die hungernden Massen! muß der Massensturm organisiert werden. An allen Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern muß es beginnen. In proletarischer Einheitsfront sind die Forderungen aufzustellen und die Massen zu bilden. Alle Versammlungen müssen diese Forderungen in die Welt hinausschreien. Massenhafte Delegationen müssen die Türen aller Behörden, aller Regierungsstellen hämmern. Unablässig muß sich der Strom der massenhaften Delegationen in die Aemter und Büros ergießen. Unausgesetzt müssen die Bürokraten in den Gemeinden, Ländern und Reich die Notschreie dieser Delegationen in den Ohren klingen. Diese Bürokraten sind bezahlt, um das Volk zu betrügen, sie müssen die Notschreie dieser Delegationen in den Ohren klingen, die Bürokraten sind bezahlt, um das Volk zu betrügen, sie müssen die Notschreie dieser Delegationen in den Ohren klingen, die dieterisch das fordern, was ihnen vom Ueberfluß in Deutschland zukommt, um nicht zu verrecken.

Jede Arbeiterorganisation muß diese Forderungen aufstellen auf Rettung vor Hunger und Frost und Fassen Beschlüsse in allen Betrieben und Gewerkschaften.

Fordert die sofortige Auslieferung der werktätigen Ueberschusses an Brot, Kartoffeln und Kohlen an alle Unterstützungsempfänger!

Gestützt auf diesen Massenschrei, auf diese Massenforderungen werden die Kommunisten in allen Parlamenten, in den Gemeinden, Ländern und im Reich die Anträge auf sofortige Versorgung aller Unterstützungsempfänger mit Millionenüberschuß an Brot, Kartoffeln und Kohlen.

Antwort an SPD-Streikbrecher

Die Gewerkschaftsbürokratie des Gesamtverbandes wagt es, ein Flugblatt über den Berliner BVG-Streik zu verbreiten, das in der unverschämtesten Weise von der seigen Lohnräuber- und Streikbrecherpolitik ablenken will durch eine lügnerische Hetze gegen die Kommunisten.

In der Berliner SPD-Organisation sieht es so aus: Auf dem Zahlabend der 41. Abteilung machte der sozialdemokratische Arbeiter Starke seinem Herzen Luft:

„Was nutzt es, wenn wir unseren Mitgliedern treppauf und treppab laufen und der Stampfer (Chefredakteur des „Vorwärts") alle unsere Mühe mit einem Federstrich über den Haufen wirft. Den müßte man erschießen. Was nützen alle unsere Resolutionen, wenn sie in den Papierkorb fliegen."

Als der Verbandsangestellte Strauch mit Hinweis auf die angeblich leeren Kassen des Gesamtverbandes den Streikbruch verteidigen wollte, sprang ein Funktionär des Gesamtverbandes auf:

„Genossen, lahrt euch doch nicht solchen Schmus erzählen. Ich habe Einblick in die Finanzen des Gesamtverbandes. Unser Verband steht nach dem Buchdruckerverband als der bestfundierteste da."

Am 14. November fand eine Funktionärversammlung des Gesamtverbandes von Berlin statt. Ortmann von der Ortsverwaltung erklärte in seinem Referat wörtlich:

„Der Ausfall der Urabstimmung war mir nicht angenehm, auch konnte ich den Streik nicht führen, da ich ehrenamtlich Mitglied des Magistrats bin."

Dieses zynische Eingeständnis rief einen ungeheuren Tumult unter den Funktionären hervor. Der größte Teil der Diskussionsredner griff die Organisationsführung auf das heftigste an. Der sozialdemokratische Funktionär König erklärte:

„Hätten die SPD-Mitglieder im Magistrat mit der KPD für die Wiedereinstellung der 2500 gestimmt, so wären sie heute noch drin."

Diese wenigen Zitate zeigen die erbärmliche Rolle der Verbandsbonzen im BVG-Streik als Lohnräuber und Streikbrecher. Bis heute ist noch nicht widerlegt, was unser Zentralorgan, die „Rote Fahne", über den Ausspruch des sozialdemokratischen Obmanns Klose in der 82. Berliner Abteilung berichtete. Dieser hat wörtlich erklärt:

„Wir hatten das größte Interesse daß der Streik zusammenbrach. Es ... Unmöglichkeit gewesen, wenn der Streik ... hätte. Es galt also zu verhindern, daß ... lungen zwischen Streikleitung und Direktion ... Wir werden alle Leute abschieben, ... aktive Beteiligung am Streik nachweisen kann."

Weil die sozialdemokratischen Arbeiter fühlen, ... Verrat bei der BVG in den kommenden Kämpfen durch ... demokratischen Bonzen fortgesetzt wird, deswegen ... Erregung in den Reihen der SPD. Die SPD-Mitglieder ... wählen, ob sie weiter mit ihren Führern für die Politik ... talisten oder mit den Kommunisten für ein ... tisches Deutschland kämpfen wollen.

Krach auch in der Hallischen SPD

Am vergangenen Freitag hielt die Hallische Sozialdemokratie eine Funktionärversammlung ab. „Volkspart" ab. In der Diskussion wendeten sich ... Redner auf das schärfste gegen die bisherige Politik der SPD-Führer und verlangten in ... Worten endlich einen „für die Arbeiterklasse klar erfaßbaren verständlichen Kurs." Natürlich versucht das „Volkspart" ... Dinge so hinzustellen, als wäre die ganze Versammlung ... schönster Einmütigkeit auseinandergegangen. Es muß ... zugeben, daß im Schlußwort des mit allen Wassern gewaschenen ... Peters dieser „im Sinne der veränderten Situation ... auf die Probleme eingehen" mußte. Um die empörten Genossen ... zu beruhigen, stellte er die demagogische Forderung auf ... teivorstand auf: „Kein Zurück zur Ideologie der Kompromißler!"

Wir sind der Ueberzeugung, daß die sozialdemokratischen ... beiter in den Betrieben und Gewerkschaften gegen ihre ... selbstverständlich auch in der Zukunft „Kompromißler ... als Aerzte des kranken Kapitalismus ... werden, kämpfen müssen in der Einheitsfront ... Schulter an Schulter mit den kommunistischen ... und parteilosen Klassengenossen.

Alarmierende Polizeiaktion gegen KPD

Massenverhaftung kommunistischer Arbeiter in Ludwigshafen und Stralsund — Erfindung „Putschpläne" sollen KPD-Verbot vorbereiten — Schlagt Alarm!

(Eig. Drahtb.) Mannheim, 22. ...

Soeben erfahren wir aus Ludwigshafen, daß heute nacht die Ludwigshafener Polizei, von der bekannt ... besonders die führenden Instanzen die engste Verbindung zu den Nationalsozialisten unterhalten, eine große ... aktion gegen die Ludwigshafener Kommunistische Partei durchführte. Nachts um ½1 Uhr wurde das Büro ... bezirksleitung von feldmarschmäßig ausgerüsteter und mit Karabinern bewaffneter Polizei umstellt. Mit ... tenen Karabinern drangen die Polizisten in das Büro ein und verhafteten 16 Genossen. Die umliegenden ... wurden abgeriegelt. Der Reichstagsabgeordnete, der sich sofort mit der Ludwigshafener Polizei in Verbindung setzte, verlangte, daß ihm derjenige, der für diese Polizeiaktion verantwortlich ist, mitgeteilt würde. Er ... mit fünf Stellen, aber niemand von den Herrschaften wollte etwas wissen.

Die Telegraphenunion Hugenbergs berichtet, die mit der Massenverhaftung kommunistischer Arbeiter verbundene Polizeiaktion sei erfolgt, weil „dem Vernehmen nach" ein kommunistischer „Umsturzplan" aufgedeckt worden sei. Einzelheiten seien von amtlicher Stelle nicht zu erfahren. Unter derselben Stichmarke werden Verhaftungen kommunistischer Funktionäre in Stralsund gemeldet.

Diese Polizeiaktionen sind für die gesamte Arbeiterklasse von alarmierender Bedeutung. Gestern berichteten wir über den ungeheuerlichen Terrorbefehl der Nazi-Führer, der die pfälzische SA anweist, bei Bildung einer Hitler-Regierung sofort alle Funktionäre der KPD „unschädlich" zu machen. Wird es einen Arbeiter geben, der glaubt, es sei ein Zufall, daß bereits am nächsten Tage und in demselben Gebiet verschärfte polizeiliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei einsetzen? Was gestern in Ludwigshafen geschah, kann heute und morgen schon an Dutzenden anderen Stellen seine Fortsetzung finden. Aus den Fingern gesogene „Umsturzpläne" sollen das von Hitler geforderte Verbot der Kommunistischen Partei vorbereiten. Schlagt Alarm in allen Betrieben! Je drohender die Pläne der faschistischen Unterdrücker, je ... die Vorstöße der Bourgeoisie gegen die Kommunistische ... desto kühner und mutiger entfaltet das Banner unserer ... heitsfrontaktion in Stadt und Land, desto ... seid gegenüber allen Ueberraschungen gerüstet.

Nazi-Presse mit Hitler-Maulkorb

Zu der Notverordnung Hindenburgs, die alle öffentlichen Versammlungen bis zum 2. Januar verbietet, den Werktätigen also die elementarsten Rechte nimmt, schreibt der „Angriff", das Berliner Nazi-Organ, vom 19. November folgendes:

„Angesichts wichtigerer bevorstehender Entscheidungen enthalten wir uns jeglicher Stellungnahme zu der Verordnung."

Also, wenn Ministersessel in Aussicht stehen, verzichten die Naziführer auf ihre Phrasen gegen die Notverordnungen. Verdecken die Nazis früher ihr Einverständnis mit den Notverordnungen der Papen-Regierung unter einem Schwall von Phrasen, so zeigen sie sich jetzt immer offener als die brutalsten Sachwerwalter der deutschen Bourgeoisie.

Rettet Barkl vor dem Schafott

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, hat ... Sonntag in Hohenmölsen stattgefundene Schachtdelegiertenkonferenz beschlossen, ... Protest gegen das Chemnitzer Todesurteil ... anzunehmen und abzusenden. Ferner wurde die Forderung des Kampfes im Betrieb mit dem Ziel der Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen ...

Der Hungerstreik in Groß-Strelitz

Nach siebentägiger Dauer ist der Kampf der 41 politischen Festungsgefangenen geschlossen abgebrochen worden, nachdem bereits zehn Festungsgefangene schwer ... waren.

In einer von den proletarischen Gefangenen von Groß-Strelitz veröffentlichten Erklärung heißt es, daß das nächste Ziel ihres Hungerstreiks erreicht sei: die Milderung der Werktätigen gegen die Faschisierung des Strafvollzugs. Durch aktive Demonstrationen der Groß-Strelitzer Bevölkerung vor der Festung, durch zahlreiche Delegationen haben sich die Behörden gezwungen, eine wesentliche Milderung der strafverschärfenden Vorschriften vorzunehmen. Die Genossen schreiben zum Schluß, daß der Kampf um die ... tigten Forderungen weitergeht mit dem Endziel der Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0002

Um die Vorherrschaft am Stillen Ozean

Beginn der Völkerbundsdebatten zum Lytton-Bericht über die Aufteilung Chinas — Japan besteht auf Unteilbarkeit seiner Beute — Hauptbrandherd des neuen imperialistischen Weltkrieges

Genf, 22. November. Gestern begannen in Genf auf Anregung des Völkerbundsrates die Verhandlungen über den Lytton-Bericht über die Mandschurei. Bereits einen Abend vorher gab die japanische Delegation ihre Antwort auf den Lytton-Bericht bekannt, die die ungeheure Empörung der imperialistischen Gegensätze im Kampf um die Vorherrschaft am Stillen Ozean widerspiegeln. In ihrer Antwort erklärt die japanische Regierung kurz und bündig, der Lytton-Bericht könne weder von Japan noch von „Mandschukuo" angenommen werden. Es gäbe in China keine starke und ständige Zentralregierung, so daß man die Mandschurei keinesfalls unter chinesische Souveränität stellen könne. Auch eine internationale Gendarmerie sei nicht imstande, in der Mandschurei die Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Der Lytton-Bericht müsse selbst zugeben, daß China kein „organisierter Staat" sei, Japan handle im Interesse aller Mächte, denn wenn man der Unsicherheit in China weiter ihren Lauf lasse, so würden alle auswärtigen Mächte geschädigt werden. Nicht Japan, sondern China sei der Verursacher im gegenwärtigen Konflikt. Bezeichnenderweise beruft sich Japan bei der Rechtfertigung seiner Außenpolitik ausdrücklich auf den Briand-Kellog-Pakt, der allen Staaten das Recht gebe, „militärische Maßnahmen zur Verteidigung seiner Rechte selbst zu unternehmen". Auch andere Staaten hätten bereits früher mit Gewaltanwendung „unabhängige" Staaten geschaffen.

In der Linie dieser Antwort bewegte sich auch die scharfe Rede des japanischen Delegierten Matsuoka bei der Tagung des Völkerbundsrates, wobei Matsuoka erklärte, daß der Völkerbund überhaupt gar kein Recht habe, sich in die Frage der Mandschurei einzumischen. Die Rede des japanischen Vertreters vertagte der Völkerbund die Verhandlungen über die Mandschureifrage und verfolgt damit die bisherige Taktik, durch Verschleppung der ganzen Frage dem Konflikt möglichst bald den Wege zu gehen und damit dem japanischen Imperialismus unschätzbare Dienste zu leisten.

Die scharfe Ablage Japans an den Lytton-Bericht spiegelt die Stärke und Tiefe der imperialistischen Gegensätze an diesem gordischen Knotenpunkt wider. Was bedeutet der Lytton-Bericht und warum lehnt ihn der japanische Imperialismus ab? Der Lytton-Bericht versucht die gemeinsamen Interessen aller Imperialisten gegenüber dem halbkolonialen China, durch ein Kompromiß zur gemeinsamen Ausplünderung der Mandschurei dar und versucht nach der Zerfetzung des Washingtoner Abkommens durch die japanischen Bajonette zu einem neuen imperialistischen Abkommen über die Aufteilung der Sphären in China zu gelangen. Zwar werden im Lytton-Bericht formal die „Hoheitsrechte" Chinas über die Mandschurei betont, aber tatsächlich wird die Umwandlung der Mandschurei in eine unter Kontrolle der ausschlaggebenden imperialistischen Mächte stehende Kolonie vorgeschlagen. Wenn der Bericht ausdrücklich die „Sonderinteressen und Rechtsrechte" Japans in der Mandschurei betont, so verweist er auch gleichzeitig darauf, daß auch die übrigen imperialistischen Mächte dieselben „Sonderinteressen" hätten. Der Lytton-Bericht spiegelt sich sehr stark der Druck des amerikanischen Imperialismus wider, der entschieden ist, seine Vormachtstellung am Stillen Ozean mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln des Krieges, zu verteidigen. Er aber lehnt jede Teilung seiner Beute mit den übrigen Imperialisten ab.

Unterschlen bezeichnet der Lytton-Bericht als die Hauptgefahr, die allen Mächten in China droht, den Kommunismus und deshalb schlägt er eine internationale Zusammenarbeit zur Unterdrückung der Sowjetrevolution und zur Verteilung Chinas in eine Kolonie des Weltimperialismus vor. Gleichzeitig wird im Lytton-Bericht der Versuch gemacht, eine Basis zum gemeinsamen Kampf der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Daß Frankreich ein Kriegsbündnis mit dem japanischen Imperialismus besitzt, ist offenkundig. Gegenwärtig bemüht sich der amerikanische Imperialismus, die Bündnisfäden zwischen Frankreich und Japan zu seinen Gunsten zu zerreißen. Diese Frage spielt auch bei den gegenwärtigen Kriegsschuldenverhandlungen eine große Rolle. Die große englische Regierungspresse nimmt heute ganz zynisch für Japan Stellung. Die „Morning-Post" schreibt, daß rechtlich und moralisch die Stellung Japans viel stärker als die der pazifistischen Kritiker sei. Die Lösung der fernöstlichen Frage müsse im Sinne und Geiste des ehemaligen englisch-japanischen Bündnisvertrages erfolgen.

Die Schärfe, mit der die imperialistischen Gegensätze in der Frage der Mandschurei entbrannt sind, die Unversöhnlichkeit der imperialistischen Standpunkte Japans und der Vereinigten Staaten beweisen, daß die Imperialisten nicht mehr imstande sind, den Knoten ihrer Gegensätze zu entwirren und sich immer mehr dem Zeitpunkt nähern, wo sie diesen Knoten durch einen neuen imperialistischen Weltkrieg auseinanderhauen wollen.

Die Gefahr, die damit allen Werktätigen droht, ist ungeheuer. Es gilt, im Geiste des proletarischen Internationalismus den Kampf zur Verteidigung des chinesischen Volkes gegen den Weltimperialismus, zur aktiven Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistischen Interventionsgelüste gewaltig zu verstärken. Das allein ist die Garantie für die Niederlage der imperialistischen Kriegstreiber.

Terrorwelle in der Schweiz

Arbeiterschaft steigert Protestkampagne für Befreiung der verhafteten Arbeiter und Soldaten

Genf, 22. November. Die Polizei setzt die Massenverhaftungen noch immer fort. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Funktionäre der Kommunistischen Partei. So wird z. B. dem Genossen Lantillon zur Last gelegt, daß er einen Aufruf verfaßt habe, in welchem die Verhaftung des Genfer Regierungspräsidenten und des Oberst Lederrey verlangt wurde. Auch der Leiter der Genfer Arbeiterwehr ist verhaftet worden. Wie die „Neue Züricher Zeitung" mitteilt, sollen die verhafteten Arbeiter und Soldaten unter folgende Anklage gestellt werden: Planmäßige Vorbereitung des Aufruhrs, Eisenbahngefährdung, Meuterei in der Truppe, Angriff auf die Versammlungsfreiheit, Beschimpfung der Behörden. Die Polizei arbeitet mit bestochenen Provokateuren, die für einige Franken alles aussagen, was die Polizei von ihnen verlangt. So machte z. B. ein Spitzel die phantastische Aussage, er sei mit der Herstellung von Knüppeln beauftragt worden, die beim „Aufruhr" Verwendung finden sollten. In dieser Woche werden etwa 100 Soldaten vor Gericht gestellt, die bei der Mobilmachung des Genfer Regiments nicht eingerückt sind.

Die Protestaktion der Schweizer Arbeiterschaft flammt erneut auf. In Basel fanden am Sonnabendabend drei große Protestversammlungen gegen den Genfer Arbeitermord und den Polizeiterror statt. In der Diskussion sprachen mehrere sozialdemokratische Arbeiter, die gegen die Führer der SP. Stellung nahmen und sich mit dem Kampf der KP. solidarisierten. Eine weitere Massenversammlung fand in Birsfelden statt. Die Kommunistische Partei hat in Genf ein neues Flugblatt herausgegeben, das an die gesamte Arbeiterschaft den Appell richtet, den Kampf für die Freilassung der verhafteten Arbeiter und Soldaten zu steigern.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat eine gewaltige Solidaritätsaktion für die Schweizer Arbeiter eingeleitet, die in einer Massenversammlung im größten Saal von Paris ihren Ausdruck fand. Auch die deutschen Arbeiter müssen ihre brüderliche Verbundenheit mit dem Schweizer Proletariat durch Massenproteste gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiter und Soldaten bekunden.

Gewaltiger kommunistischer Vormarsch in den Vereinigten Staaten

Neuyork, 22. November. Erst jetzt werden einige weitere Stimmenzahlen bekannt, die die Kommunistische Partei bei den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten, die mit den Wahlen in das Abgeordnetenhaus sowie in die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten verbunden waren, erzielt hat. Das Gesamtergebnis liegt noch immer nicht vor, da die Behörden die Auszählung und Bekanntgabe der kommunistischen Stimmenzahlen absichtlich verzögern. Aber die vorliegenden Teilergebnisse liegen bereits den gewaltigen Vormarsch der Kommunistischen Partei. Wir gaben bereits bekannt, daß die kommunistischen Stimmen in der Stadt Neuyork sich seit 1928 verdreifacht haben.

In Chikago stieg die kommunistische Stimmenzahl von 1000 auf 11 000. Im Bundesstaat Arizona erzielte der kommunistische Kandidat 12 538 Stimmen und übertraf damit die Zahl der Stimmen der Republikanischen Partei in diesem Gebiet. 1928 hatten die Kommunisten nur 184 Stimmen in Arizona auf sich vereinigt. Ein weiteres Teilergebnis liegt aus dem Bundesstaat Utah vor. In zwei Dritteln dieses Staates wurden 1200 Stimmen für den Genossen Foster abgegeben gegenüber 54 Stimmen im Jahre 1928. In Minnesota wurden 10 000 Stimmen erzielt. In der Stadt Duluth 1000 Stimmen gegenüber 78 im Jahre 1928. Bei der Einschätzung dieses gewaltigen Vormarsches ist stets zu berücksichtigen, daß der größte Teil der ausgebeutetsten Schichten des Wahlrechts beraubt ist.

USA. fordern Kriegsschuldenzahlung

Washington, 22. November. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß Hoover die Forderung der Schuldnerstaaten auf Neuregelung der europäischen Kriegsschulden ablehnt und erwartet, daß England und Frankreich die am 15. Dezember fälligen Zahlungen leisten.

Es wird in diesem Zusammenhang auf das ungeheure Defizit der Vereinigten Staaten hingewiesen. Hoover hat eine außerordentliche Kabinettssitzung einberufen, die über eine Herabsetzung der Ausgaben um 700 Millionen Dollar beschließen soll.

Schapowalow

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Fortsetzung.

„Was habt ihr im Hof gefunden?" fragte der Wachtmeister weiter.

„Nichts haben wir gefunden, Euer Wohlgeboren", antworten.

„Habt ihr auch richtig gesucht?" fragte der Wachtmeister

„Ja, Sie können ganz ruhig sein."

„Auf Wiedersehen", wandte sich der Wachtmeister zu mir, „Sie haben Ihre Literatur gut! Das nützt aber nichts, früher oder später werden wir sie doch finden."

Übergabe des Komitees an die Menschewiken

Am nächsten Tage erfuhr ich, daß die Genossin N. aus Odessa gekommen war. Da ich bemerkte, daß ich beobachtet wurde, blieb drei Tage lang nicht mit den Genossen zusammen. Meine Freude, als ich Genossen N. sah, war:

„Was ist aus der Reise der Genossin N. geworden?"

„Erzählen Sie sich, sie hat sich bisher noch nicht im Komitee gemeldet. Laden wir sie zur nächsten Sitzung ein und verlangen von ihr einen Bericht über die Reise."

Wir war damit einverstanden. Das Zögern der Genossin war mir unverständlich. Sie wußte ja, daß von ihrer Antwort das Leben oder Sterben des Jekaterinoslawer Komitees abhing.

„Was sagt, daß Sie schon vor einer Woche aus Odessa zurückgekehrt sind", sagte ihr Genosse N. „Warum haben Sie sich bis jetzt nicht gemeldet, um von Ihrer Reise zu berichten?"

„Ich verlegen drein.

„Ich bin darum nicht gekommen, weil ich es für unnötig hielt, Ihnen den richtigen Auftrag, für den ich leider das letzte Geld, das ich in der Komiteekasse befand, vergeudet habe, zu berichten", sagte sie. „Man sagte mir", setzte sie fort, „daß das Odessaer Komitee keinen Referenten schicken kann. Man lachte dort über diese Bitte, so lächerlich erschien sie ihnen."

„Ich verstehe Sie nicht, Genossin? Wir redeten doch russisch miteinander. Wir sagten Ihnen, daß wir Ihnen den Auftrag geben, uns einen, energischen Mitarbeiter für das Komitee aus Odessa mitzubringen und dort auch die Frage zu klären, wie sich die Genossen dort zu der neuen Lage in Jekaterinoslaw und zum Wahlprinzip, das die Menschewiken verlangen, stellen."

Genossin N. blieb hartnäckig dabei, daß ihr diese Aufträge nicht gegeben wurden, sie wiederholte immer wieder, man habe sie nur gebeten, einen Referenten aus Odessa mitzubringen.

Ich zermürbte mich im Kampf mit den Menschewiken im großen Tschetschelower Bezirk. Der Stadtbezirk und die Unterbezirke Amur und Nishnje-Dnjeprowsk waren schon unter dem Druck der Menschewiken gefallen. Der Tschetschelower Bezirk war das letzte Fort, das in den Händen der Bolschewiken blieb, das nicht nachgab und den wildesten Angriffen ausgesetzt war.

Der schicksalsschwere Tag kam doch. Der Tschetschelower Bezirk schloß sich den Menschewiken an. Unter dem Einfluß der Menschewiken faßten die Bezirke einen Beschluß, demzufolge die Leitung der Parteiarbeit in Jekaterinoslaw einer neu gewählten Zentrale übergeben werden müßte. Durch diesen Beschluß wurde das bolschewistische Komitee in die Lage eines Generalstabes gebracht, dessen Armee zum Feind übergegangen war.

Da ich nach der Haussuchung, die bei mir stattgefunden hatte, unter strenge Beobachtung genommen wurde, da ich ausruhen, zu Kräften kommen, lernen und lesen, die Lage der Partei klären mußte, fuhr ich Ende Januar nach Kiew.

Die Uebergabe des Komitees in die Hände der Menschewiken werteten letztere als ungeheuren Sieg aus. Martow bereitete mit dieser Sache fast alle Städte Westeuropas, stieß Siegesfanfaren über den großen Sieg aus und hielt Berichte darüber.

Gleichzeitig war aber die Uebergabe des Komitees jenes Gewitter, das unser Zentrum zwang, Hilfe nach Jekaterinoslaw zu schicken. Auch Literatur wurde geschickt. In dieser Literatur wurde der Kampf der Bolschewiken, die revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse, die zum Sturz des Zarismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu führen hat, grundsätzlich behandelt.

Unter dem Einfluß dieser Literatur und des neu angekommenen Genossen Ljepeschinskij bemerkten die fortschrittlichen Arbeiter Jekaterinoslaws sehr bald, daß hinter den glänzenden Phrasen der Menschewiken hinter der schönen Fassade, bürgerliche Elemente steckten, die, ohne sich dessen bewußt zu sein, die historischen Aufgaben der liberalen Bourgeoisie, aber nicht des Proletariats verwirklichen wollten.

Andererseits erstand die Partei der Bolschewiken in den Augen der Arbeiter immer deutlicher und klarer als die Partei der Arbeiterklasse, die mit der fortschrittlichsten Theorie, der Theorie des revolutionären Marxismus bewaffnet, die Arbeiterklasse als Avantgarde der Revolution im Bündnis mit der Bauernschaft zum unversöhnlichen Kampf gegen die Selbstherrschaft, gegen den Kapitalismus führt.

Die Arbeiter der Fabrikbezirke waren die ersten, die vom Albdruck, den die Menschewiken auf sie gebürdet hatten, zu sich kamen. Das wieder ins Leben gerufene Komitee der Bolschewiken fand in ihnen eine Stütze und wurde wieder zum revolutionären Generalstab, hinter der die Armee der Fabrikarbeiter stand.

Zur selben Zeit ging derselbe Prozeß auf der ganze Linie vor sich. Die Mehrheit der Organisationen stellte sich langsam auf den Standpunkt der Bolschewiken.

Genosse Matrjona sah, wie es für einen Bolschewiken auch selbstverständlich ist, seine Fehler ein und schickte mich nach Kiew nach Jekaterinoslaw zurück. Ich übergab dort meine Verbindungen mit den Arbeitern von Tschetschelowka, Amur und Nishnje-Dejeprowsk den Genossen und fuhr im Februar 1905 zur Parteiarbeit nach Odessa.

Odessa

Es war Ende Februar. Obwohl es keinen Schnee mehr gab, war es doch noch kalt. Das Meer leuchtete aber trotzdem blau, lockte mit seinen weiten Fernen und bezauberte durch seine Schönheit, als ich in die Redaktion der Zeitung „Jushnoje Obosrenije" (Südliche Rundschau) ging, wo die Parteimitglieder sich bei Genossen Sjokolowskij zu melden hatten. Nachdem er das Losungswort, ich glaube es war „Schah von Persien", zur Kenntnis genommen, mir die entsprechende Antwort gegeben und sich davon überzeugt hatte, daß alles stimme, schickte er mich zuallererst zu Anna Michailowna Wrschosek. Durch ihre Vermittlung lernte ich kennen: den Sekretär des Komitees den Leiter der Agitations- und Propagandaarbeit „Onkelchen" (Lidija Michailowna Knipowitsch) und Genossen Ossip (Konstantin Ossipowitsch Lewizkij), den besten theoretischen Kopf des Komitees und den Leiter der „Gesellschaftlichen und Intellektuellensektion", die das Komitee mit Wohnungen für Sitzungen und Versammlungen und mit Geldmitteln versorgte.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0003

RUND UM DEN ERDBALL

Fort mit dem Verbot der „Trommel"

Die „Trommel", die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder Deutschlands, wurde auf sechs Monate verboten. Die Gründe dürfen nicht bekanntgegeben werden. Es geht auch nicht um diese „Begründung". Die wirklichen Gründe, die Hintergründe, sind ja ganz andere.

Warum wurde gerade die „Trommel" verboten? Warum nicht etwa der „Kinderfreund", der von den sozialdemokratischen Roten Falken herausgegeben wird? Oder die Missionsblättchen der christlichen Kindervereinigungen? Oder die Margarine- und Kaufhauszeitungen, die unmittelbar dem Profit des Warenhaushandels dienen? Das ist leicht erklärlich. Weil alle diese Zeitungen ein und denselben Zweck haben: die Kinder der Werktätigen durch kitschige Märchen, Erzählungen und „wahre" Geschichten vom wirklichen Leben, das auch für die Arbeiterkinder voller Klassenkampf ist, abzulenken und fernzuhalten.

Die „Trommel" verfolgt ganz andere Ziele. Sie braucht keine Märchen, die die wahren klassenmäßigen Verhältnisse verhüllen und verschleiern. Klar und deutlich zeigt sie den Arbeiterkindern ihre Lage auf, nicht gekünstelt und abstrakt, sondern an Hand von praktischen Beispielen aus dem Leben und dem Kampf der Arbeiterkinder, worüber Hunderte von Kinderkorrespondenzen in Stadt und Land berichten. Ueber den Hunger der Kinder der Erwerbslosen, über die Auswirkungen des Lohnabbaus auf die Kinder, über die Spar- und Abbaumaßnahmen an den Schulen, über die nationalistische Verhetzung und militaristische Erziehung in den Schulen berichten diese Kinderkorrespondenten.

Die Arbeitereltern, die Werktätigen überhaupt, müssen an dem Verbot der „Trommel" erkennen, welche große Rolle die Bourgeoisie der Erziehung und Gewinnung der proletarischen Kindermassen beimißt. Zehntausende von Arbeiterkindern haben die „Trommel" liebgewonnen! Tausende von Arbeitereltern kaufen für ihre Kinder die „Trommel", weil sie wissen, daß die „Trommel" die Arbeiterkinder im Sinne ihrer Klasse, im Sinne des Proletariats erzieht. Deshalb muß das Verbot der „Trommel" einen Massenprotest in den Betrieben, Stempelstellen, in den proletarischen Vierteln hervorrufen!

Arbeitereltern! Laßt eure Kinder Abonnenten der „Trommel" werden! Protestiert überall gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse!

Wie kurbelt man an?

In Nr. 46, Jahrgang 1932 der „Münchener Illustrierten Presse" finden sich auf Seite 1283 zwei Bilder, die die ganze Seite ausfüllen. Das eine Bild zeigt einen leeren Fabrikraum und das andere einen mit Arbeitern vollbesetzten.

Unter dem einen Bild ist zu lesen:

„Eine Gegenüberstellung, die uns opimistisch stimmt: So sah es noch gestern in einem Fabrikraum aus, gähnend leer die Arbeitshallen."

Unter dem anderen Bild:

„... und heute hat die Fabrik 800 Arbeiter wieder einstellen können. In den Räumen, die so lange Zeit leer standen, kann man wieder Menschen arbeiten sehen, die froh sind, einen Erwerb zu haben."

Bedarf es noch eines schlagenderen Beweises für die Ankurbelung? Da ist nichts zu leugnen; Photos sprechen eine Tatsachensprache. Leer gestern, überfüllte Räume heute! Alles nur infolge der Ankurbelung.

Nun erschien bei uns in der Redaktion eine Arbeiterin, die auf diesem Bilde zu sehen ist, und teilt uns mit, daß die beiden hier einander gegenüberstehenden Bilder in der Tat diesen Betrieb darstellen, aber beide auf das wohl nicht große, aber immerhin erfreuliche Alter von drei Jahren zurückblicken. Beide Bilder wurden an einem Tag vor drei Jahren aufgenommen, und zwar das eine während der Mittagspause und das andere nach der Pause. Die Arbeiterin, die da mit photographiert ist, ist seit länger als zwei Jahren arbeitslos, und man denkt auch gar nicht daran, sie wieder einzustellen.

So sieht in Wirklichkeit die Ankurbelung aus! Photos sprechen eine Tatsachensprache! Dagegen läßt sich nichts machen!

Daubmann-Konjunktur

Ein geschäftstüchtiger Selcher kam auf die Idee, „Daubmann-Würstchen" zu fabrizieren. Und das Geschäft florierte, denn es herrschte nationale Daubmann-Konjunktur. Unser Bild zeigt „Daubmann" in der Selcherfamilie, kurz nach einer SA.-Parade. (Aus der „AIZ.")

Mit glühenden Zangen gegen Kinder

Feldzug der rumänischen Siguranza gegen Volksschulkinder und Jugendliche — Ungeheuer Folterungen in den Gefängnissen

Czernowitz (Rumänien), 21. November. Obwohl die Tatsache, daß im Gefängnis Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren vom Siguranzachef Rottenberg und von seinem Gehilfen Hartl und einigen anderen Polizeiorganen auf die furchtbarste Weise gefoltert werden, seit acht Tagen bekannt ist, steht die Stadt noch immer unter dem Eindruck dieser Ereignisse. Es fanden mehrere Demonstrationen statt, und zur Beruhigung der Oeffentlichkeit mußte der Staatsanwalt eine Erklärung veröffentlichen, daß er gegen die Polizei eine Untersuchung eröffnen werde.

Es handelt sich um folgendes: Seit Wochen und Monaten führt die rumänische Siguranza systematisch einen Feldzug gegen Volks-, Mittelschüler und Arbeiterjugend durch. Allein in der Stadt Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, wurden in letzter Zeit mehr als 200 Verhaftungen vorgenommen, darunter etwa 30 Volksschüler und Volksschülerinnen. Die Schulen, so erklärte der Siguranzachef, seien kommunistisch verseucht und müßten gesäubert werden. Als um den 10. November herum spät nachts einige Leute am Gefängnisgebäude vorbeigingen, da hörten sie jämmerliches Schreien. Dieses Schreien wiederholte sich dann allabendlich. Durch Bestechung einiger Gefängnisbeamten gelang es zwei Personen, ins Gefängnis vorzudringen und mit den Verhafteten Fühlung zu nehmen. Hier stellte man fest, daß die meisten von den Polizeibeamten zu Krüppeln geschlagen wurden.

Die Presse veröffentlicht Einzelheiten über die Folterungen, denen wir folgendes entnehmen:

Da gibt es eine Methode, die „Maruschka" genannt wird. Sie besteht darin, daß dem Untersuchungshäftling Hände, Füße aneinander gefesselt werden, worauf er an einem Seil gehaltenen Stock wie ein Rad herumgedreht wird, um zu Zeit immer wieder mit großer Wucht auf den Boden geschlagen zu werden.

Eine andere Methode ist die, daß mit einem Stock die Fußsohlen solange geschlagen wird, bis Gliedmaßen zur Unkenntlichkeit anschwellen.

Einem 14jährigen Mädchen wurden buchstäblich Haare vom Kopf herausgerissen. Eine andere Methode ist verhaftete junge Mädchen durch Agenten der Siguranza auf die Jungfernschaft untersuchen zu lassen. Methode wird schon bei zehnjährigen Mädchen angewendet.

Ein Mädchen, das sich dieser sadistischen Vernehmung ihre Peiniger energisch entgegenstellte, weil es sich gerade Stadium der Regel befand, wurde darauf mit Stockschlägen, Fäusten und Fußtritten behandelt, so daß es in einer Blutlache liegenblieb.

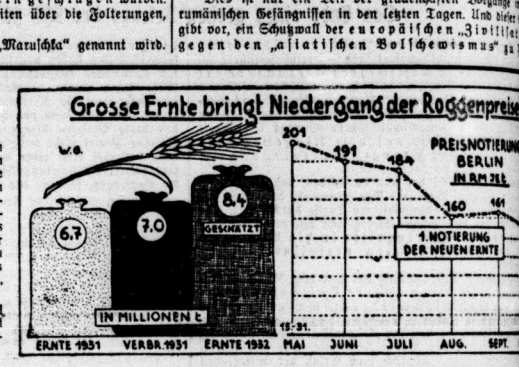
Nacht für Nacht werden die Gefangenen geweckt und Verabreichung einer Tracht Prügel gezwungen, die Stufen des Polizeipräsidiums fünfmal herauf und herunter zu laufen.

Dies ist nur ein Teil der grauenhaften Vorgänge in rumänischen Gefängnissen in den letzten Tagen. Und dieser gibt vor, ein Schutzwall der europäischen „Zivilisation" gegen den „asiatischen Bolschewismus" zu sein.

Die Lage auf dem Roggenmarkt

Auf dem Getreidemarkt wiederholen sich gegenwärtig die Vorgänge von den Jahren 1928/29: die Roggenernte ist so groß, daß sie den Verbrauch weit übersteigt und mangelnde Absatzmöglichkeit läßt die Preise absinken. Trotz der Bemühungen des Reiches, durch Aufkauf größerer Mengen Roggen die Preise wieder in die Höhe zu treiben, sinken wie aus unserem Bild deutlich zu ersehen ist, die Preise unaufhaltsam.

Gute Ernte, überfüllte Scheunen und Hunger von Millionen Arbeitern und Arbeitslosen — das sind die Segnungen des kapitalistischen Systems.



Ein vielfacher Frauenmörder

gesteht sieben Morde

Wien, 22. November. In Linz begann einer der aufsehenerregendsten Prozesse, den Oesterreich in den letzten Jahren erlebt hat. Angeklagt ist der Raubmörder Franz Leitgöb, der den Beinamen „Frauenwürger von Oberösterreich" führt und der sich seit dem 1. März d. J. in Untersuchungshaft befindet.

Die Anklageschrift, die rund 1000 Seiten umfaßt und etwa 30 Pfund wiegt, wirft dem Angeklagten sieben Morddaten, begangen an Frauen mittleren Alters, vor. Während sechs von diesen Mordtaten bisher unaufgeklärt waren, konnte man den Verbrecher erst bei der letzten Tat fassen. Am 29. Februar d. J. wurde die Gattin des Bauverwalters Jank, eine 58jährige Frau, in ihrer Villa in Linz mit einem Knebel im Mund tot aufgefunden.

Es gelang nach kurzer Frist, Leitgöb als den Mörder festzustellen, der auch gestand. In diesem Fall überführt, gestand Leitgöb, auch eine im Jahre 1922 im Wald erwürgt aufgefundene, 35jährige Linzerin ermordet und ihrer Habseligkeiten beraubt zu haben.

Und dann kam ein Geständnis nach dem andern. Sein erstes Opfer im Jahre 1912 war eine 47jährige Frau, die mit einem Strick um den Hals tot aufgefunden worden war. Vier Jahre später war die Frau eines ihm bekannten Landsturmmannes in ihrem Schlafzimmer durch Rauch erstickt worden. Wieder vier Jahre später wurde Leitgöbs Stiefgroßmutter, mit einem Hosenträger erwürgt, tot auf dem Sofa gefunden. Kaum ein halbes Jahr darauf verbrannte in einer Holzbaracke eine 36jährige Frau. Alle diese Verbrechen gestand der Raubmörder ein.

Kraftwagendieb unter dramatischen Umständen festgenommen

In Zürich wurde ein internationaler Kraftwagendieb, der aus Stuttgart stammende Schondelmeier, verhaftet, als er mit einem gestohlenen amerikanischen Luxuswagen im Werte von 50 000 Franken davonfuhr. Einer der Kriminalbeamten sprang aus dem fahrenden Dienstkraftwagen auf den Kraftwagen des Diebes auf. Der Verbrecher raste im Tempo von 120 Stundenkilometer davon und versuchte, den Polizisten vom Trittbrett herunterzuwerfen. Schließlich mußte er in einer Ortschaft anhalten und konnte dann festgenommen werden.

Der südafrikanische Flieger Smith aufgefunden

Der junge südafrikanische Flieger Smith, der bei dem Versuch, einen neuen Flugrekord auf der Strecke Kapstadt—London aufzustellen, fast eine Woche lang verschollen war, ist jetzt in einem abgelegenen Teil von Französisch-Westafrika aufgefunden worden, wo er eine Notlandung vornehmen mußte. Der Flieger hat die Strapazen gut überstanden.

Ehetragödie in Oldenburg

In der Gemeinde Zwischenahn (Oldenburg) erschoß der 30 Jahre alte Landwirt Dierks seine Ehefrau mit einem Jagdgewehr und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Mund. Der Bluttat ist offenbar ein furchtbarer Kampf vorausgegangen. Zwischen den Eheleuten bestanden seit einiger Zeit schwere Zwistigkeiten.

Jedes 6. Los gewinnt

in der großen Verlosung

Arbeiterliteratur im Kampf um die Einheitsfrontakti

über 200 000 Gewinne!

Lospreis 10 Pf. Ziehung am 10. Dezem

Ausbau des Unterrichtswesens in der Sowjetunion

Moskau, 22. November. In der letzten Sitzung des Präsidiums des Allunionistischen Zentralexekutivkomitees unter Vorsitz des Genossen Kalinin wurde ein Bericht über die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in der RSFSR. erstattet. Danach sind 16,3 Millionen Schulkinder in den Volksschulen und mit den besonderen Schulen für begabte Kinder 17 Millionen Schulkinder. Die Zahl der Volksschulen ist auf 134 000 in der RSFSR. gestiegen. 80 Prozent der Schulen in den autonomen und nationalen Gebieten lehren die Schüler in der Muttersprache. Für die weitere Entfaltung des Schulwesens ist eine breite Werbetätigkeit von Schulgebäuden und die Ausbildung neuer Lehrerkader vorgesehen. Ferner sind Maßnahmen über die Disziplin in den Schulen und die Mitarbeit der Schüler an der Schulorganisation besprochen worden, zu der in erster Linie die Pioniere herangezogen werden sollen.

Großer Opiumschmuggel eines französischen Dampfers

Paris, 22. November. Bei der Ankunft des französischen Dampfers „Lamartine" in Marseille wurden von der Zollbehörde nicht weniger als 430 Kilogramm Opium in den Wohnräumen des Schiffes beschlagnahmt. Die „Lamartine" verfährt den Dienst nach dem Nahen Osten. Die französische Hafenpolizei war schon seit langem darauf aufmerksam geworden, daß die französischen Schiffe, die in Istanbul vor Anker gehen, Rauschgifthandel betreiben, wobei auch die Besatzung der Schiffe aktiven Anteil nimmt. Aus diesem Grunde wurde auch diesmal eine eingehende Untersuchung des Schiffes vorgenommen, die ein sehr fruchtbares Ergebnis zeitigte.

Unwetterschäden in Transvaal

Bei einem überaus heftigen Gewitter in Transvaal, das mit schwerem Hagelschlag begleitet war, wurden 2000 Schafe, Stück Rindvieh und rund 30 Ziegen getötet. Die Hagelkörner bohrten sich tief in die Erde ein.

Verantwortlich Alfred Hendrich, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0004

Vom Kampf um Brot und Arbeit

Kampf für Brauereiarbeiter

Wir dulden kein „kleineres Uebel" mehr!

(Brauereiarbeiterkorrespondenz)

Im Dezember ist bereits ein Jahr vergangen, seitdem die Unternehmer den Bezirksmantel-tarif, mit der Absicht, Verschlechterungen einzuführen, gekündigt haben. An diesem Vertrag sind in der Brauereiindustrie beschäftigte Arbeiter interessiert, Geltung für Westsachsen, Ostthüringen und den Regierungsbezirk Merseburg.

Bis Ende September 1932 kamen die Unternehmer mit ihren Forderungen heraus, die im „Klassenkampf" bereits im wesentlichen veröffentlicht wurden. Die Unternehmer hatten anscheinend Angst daran, erst mit den übrigen Bezirken in Deutschland zu werden. Ehe die Forderungen bekannt wurden, hatten sich Brauereiunternehmer im Regierungsbezirk Merseburg unter Führung einiger besonderer Scharfmacher zu einem neuen Arbeitgeberverband, Sitz Halle a. S., zusammengeschlossen. Sie beabsichtigten dabei, eine Extrasuppe zu kochen.

Es kam in den meisten Orten die Brauereiarbeiter zu den Forderungen der Unternehmer Stellung genommen hatten und eigene Forderungen aufstellten, fand am 5. Oktober in Leipzig eine Sitzung der gemischten Tarifkommission statt. Dort wurde den Brauereiarbeitern erklärt, daß die jetzt bestehenden Arbeitsbedingungen für die Brauereiarbeiter das Mindeste sind, was sie mit allen Mitteln verteidigen werden!

Am 14. Oktober und am 25. Oktober fanden Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband, Sitz Leipzig, statt. Dieselben standen unter dem Eindruck der damals bevorstehenden Reichstagswahl am 6. November. Es handelte sich um eine sogenannte „Atmosphäre". Nach der Wahl soll nun mit Volldampf auf „Verständigung" hingearbeitet werden.

Im Verhandlungsprotokoll bekam man auch mitgeteilt, daß der Arbeitgeberverband, Sitz Halle, nunmehr auch vom Arbeitsministerium offiziell anerkannt worden sei. Das Ziel dafür ist bereits die Tatsache, daß der Regierungsbezirk Merseburg ab 1. November aus der Allgemeinverbindlichkeit des jetzt noch geltenden Manteltarifvertrages herausgenommen worden ist! Das verpflichtet uns Brauereiarbeiter, betriebliche Verschlechterungen kampflos hinzunehmen!

Die Unterdrückung erlebten die Bürokraten des Verbandes in der Diskussion. Was bisher noch niemals da war, trat ein. Ungewöhnliche Anzahl Delegierte war im Auftrage ihrer Kollegen in den Betrieben erschienen und verwahrte sich gegen jedes „kleinere Uebel", sie forderten Abbruch aller weiteren Verhandlungen.

Es ist zu fragen, wer anderer Meinung als die Delegierten sei, außer die Bürokratie, die Betriebsdelegierten sind in der Mehrheit. (!)

Die am vorhergehenden Verhandlung mit den Unternehmern war in ihrer Zusammensetzung als vorher. So kam es, daß alle Mittel aufgerollt wurden, die die Bürokratie „bereits als bewährt glaubte. Besonders im Punkte Arbeitszeit forderten die Unternehmer für sich das Recht, selbst zu bestimmen und zwar variierten zwischen einer Arbeitszeit von 32 bis 48 Stunden. Es flogen die Verhandlungen auf. Den Unternehmern kam zu hart!

Es muß auch sein, daß es nur ein Unternehmer-Manöver war. Bei den Verhandlungen in Leipzig ist bis jetzt noch nichts zu hören. Für den heutigen Mittwoch sind wieder Verhandlungen mit dem neuen Arbeitgeberverband in Halle angesetzt.

Brauereiarbeiter im Bezirk Halle-Merseburg! Mobilisiert reit-betriebe! Wir wollen uns nicht ausspielen lassen gegen andere Kollegen und umgekehrt! Es kann nur eins geben: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird mit Kampf abgewehrt. Wir wollen uns in einheitlicher Front wehren. Die Unternehmer müssen zurückweichen, wenn wir geschlossen kämpfen!

Der Gewerkschaftler liest den „Klassenkampf"

Der Kampfauftakt von Hohenmölsen!

Die Betriebsdelegierten bleiben in Funktion — Betriebliche Kampfausschüsse wurden gewählt
Die Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften verstärkt — Die Schächte werden mobilisiert!

Die Schachtdelegiertenkonferenz von Hohenmölsen, über die wir bereits berichteten, beschloß nach ergiebiger Aussprache einstimmig folgenden Appell:

Die Schriftleitung.

An alle Bergarbeiter Mitteldeutschlands

Kameraden und Klassengenossen!

Aufs neue schicken sich die Grubenbarone an, durch betriebliche Lohnabbauvorstöße abermals unsere Lohntüten zu plündern. Sie greifen an in den Betrieben, in denen sie die wenigsten Widerstände erwarten, und bereiten so ihre neue, große Offensive gegen uns vor. Wir Delegierten des Hohenmölsener und Deubener Braunkohlenreviers, zusammengekommen auf einer Schacht-Delegiertenkonferenz, die notwendige Kampfbeschlüsse gefaßt hat, wenden uns an alle Bergarbeiterkameraden auf allen Gruben und Schächten Mitteldeutschlands.

Die Papen-Regierung scheiterte am Widerstand der Massen, an der Streikwelle des deutschen Proletariats. Eine neue Regierung soll kommen, die wiederum eine der Formen der faschistischen Diktatur darstellt und den Papenkurs konzentriert fortsetzen soll. Die Krise wird nicht behoben, sondern verschärft und vertieft. Das Elend wird größer und immer furchtbarer die Not.

Die Braunkohlenkönige haben es bisher verstanden, immer wieder mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten aller Schattierungen die Kosten der Krise auf uns abzuwälzen. Die Gewerkschaftsbürokraten haben freiwillige Lohnabbauvereinbarungen getroffen, haben den Streikbruch organisiert und haben die raffiniertesten Betrugsmanöver an uns Kumpels durchgeführt. Sie haben geholfen die Arbeitszeit zu verkürzen und uns Lohnabbau aufgeholzt mit der Begründung: „5000 Bergarbeiter werden eingestellt". Die Antwort der Unternehmer war: **10 000 Entlassungen!**

Kameraden! Laßt euch nicht länger betrügen!

Jeder Betrieb muß zum Streik mobilisiert werden. Das Schwergewicht der Kampfmobilisierung liegt im einzelnen Betrieb, ja in der kleinsten Belegschaftseinheit!

Jede Kameradschaft muß zum Zentrum unserer Mobilisierungsarbeit gemacht werden. Der Kampf an einzelnen betrieblichen Frontabschnitten, gegen einzelne betriebliche Angriffe und um einzelne betriebliche Forderungen ist die wichtigste Voraussetzung für die Organisierung größerer Kämpfe des gesamten Reviers um die Durchsetzung unserer generellen Forderungen. Wir Delegierten unserer Schachtkonferenz erfüllten nicht nur eine einmalige Aufgabe, als wir an der Konferenz teilnahmen, sondern **wir bleiben ständig in Funktion. Als Bindeglieder mit den roten Betriebsräten und Vertrauensleuten in den Betrieben mit der Belegschaft.**

Das Gebot der Stunde ist die Organisierung der betrieblichen Einheitsfrontaktion zum Streik gegen jeden Lohnabbau, ganz gleich in welcher Form, und für Erhöhung der Löhne!

Wie in den Betrieben, so werden wir Delegierte, die wir in den Gewerkschaften organisiert sind, uns einsetzen zur Mobilisierung aller Gewerkschaftskollegen für die rote Einheitsfront und für den Kampf. Wir betonen:

Wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden dafür sorgen, daß unsere Organisationen gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokraten für die rote Einheitsfrontaktion, für die betrieblichen Streikkämpfe, für die Massenkämpfe der Arbeiterklasse, gegen die Kapitalsdiktatur eingesetzt werden. Wir werden uns einsetzen für die Wahl von oppositionellen Kollegen in den Ortsleitungen der Verbände.

Wir rufen alle, die Betriebsarbeiter, Gewerkschaftskollegen, die Unorganisierten, die Bergarbeiterfrauen, die Jungproleten zur roten Einheitsfrontaktion, zum Gegenangriff gegen die Ausbeuter.

Bergarbeiter, Kameraden, Ihr habt das Wort!

Setzt alle eure Kraft ein für die eigenen Forderungen:

Schluß mit jedem Lohnabbau!
Kampf für bessere Gedinge und höhere Löhne!
Schluß mit jeder Ueberarbeit!
Kampf für Sieben- und dann für Sechs-Stundenschicht mit vollem Lohnausgleich.
Kampf für Einstellung von Erwerbslosen zu tariflichen Löhnen.
Kampf gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages.
Kampf gegen das Antreibersystem und gegen jede weitere Leisterungssteigerung.
Kampf gegen jeden Abbau der sozialen Leistungen!
Kampf für die Herstellung unserer alten knappschaftlichen Rechte.
Kampf für den Sozialismus — für Arbeit — Brot und Freiheit!

Die Schachtdelegiertenkonferenz zu Hohenmölsen am 20. November 1932.

Frage deinen SPD-Kollegen, frage den NSDAP.-Arbeiter!

1. Was tun SPD und ADGB angesichts der neu einsetzenden Lohnabbauoffensive des Kapitals?

Durch über 500 Streiks hat die Arbeiterschaft in allen Teilen des Reiches die mit Papens Notverordnung vom 4. September eingeleitete Lohnabbauoffensive im ganzen siegreich zurückgeschlagen. Jetzt holt das Kapital, ermuntert durch die Streikbruchpolitik der ADGB-Führer (Verkehrsstreik in Hamburg und Berlin usw.), zu einer neuen Offensive aus. In Nordwest, in der Breslauer Metallindustrie, an der Bahn usw. sind die ersten neuen Vorstöße zur Lohnkürzung erfolgt.

Was tun der ADGB und die SPD?

Sie setzen ihre Politik vom BVG-Streik fort. Sie mobilisieren nicht die Arbeiter, sondern sabotieren teils in scheinoppositioneller Maske, teils offen die Streikrüstung und helfen gegen die proletarische Einheitsfront, gegen RGO und KPD, gegen die Streiks. In Berlin hat sich der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schaum, vor einigen Tagen in einer SPD-Vorständekonferenz nochmals ausdrücklich zur Streikbruchpolitik vom BVG-Streik bekannt. Die Gegenwehr der Arbeiter gegen den Lohnabbau kann nur gegen die Schaum und Wels, nur in der proletarischen Einheitsfrontaktion erfolgen.

Es gilt, sofort in allen Betrieben und Gewerkschaften Stellung zu nehmen, Kampfbeschlüsse zu fassen gemäß dem Einheitsfrontappell der KPD an alle Arbeiter: „In allen Betrieben rüstet zum Kampf. Schafft euch revolutionäre Vertrauensleute, bildet Einheitsausschüsse zur Verteidigung des Lohnes, erkämpft euch Kurzarbeiterunterstützung."

2. Warum billigt die Hitler-Partei die neue §-48-Verordnung Hindenburgs über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes bis Januar 1933?

Die neue §-48-Verordnung Hindenburgs verbietet alle öffentlichen Versammlungen, auch in Lokalen, bis 2. Januar 1933. Das Demonstrationsverbot bleibt weiter bestehen. Zu diesem kleinen Belagerungszustand schreibt der „Angriff" vom 19. November:

„Angesichts wichtigerer bevorstehender Entscheidungen entsalten wir uns jeder Stellungnahme zu der Verordnung."

Das bedeutet Unterstützung der Verordnung durch die NSDAP. Die Hitler und Goebels wollen Ministersitze und wollen mittels solcher und weiterer Verordnungen die Arbeitermassen niederhalten. Zum verstärkten Lohn- und Sozialabbau soll verschärfte Unterdrückung der Arbeiter und des ganzen werktätigen Volkes kommen.

So setzt die Hitler-Partei ihre kapitalistische Politik des Verrats der Arbeitermassen fort!

Arbeiter, die ihr bislang noch der NSDAP angehört habt, euch trifft dieser Verrat Hitlers genau so wie alle Arbeiter. Macht Schluß mit den Hitler und Goebbels. Ihr gehört in die proletarische Einheitsfrontaktion, an die Seite der Kommunisten, in die Reihen des Kampfes gegen Hunger, Faschismus und Versklavung.

Schädlinge hinaus! Vorwärts im Kampf!

Merseburg, auch aus dem EVLF entfernt — Weiter im Sinne des Anheier-Ruhland-Aufgebotes — Sagt den SPD-Größen: „Quarch war einer der euren"

Die Gauleitung des EVLF (Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter) teilt mit, daß das Mitglied Willy Quarch, Merseburg, wegen arbeiterfeindlichen und organisationsschädigenden Verhalten aus dem roten Landarbeiterverband ausgeschlossen ist. Die Gauleitung des EVLF ist fest davon überzeugt, daß die Ausstoßung dieses Schädlings aus den Reihen der roten Arbeiterbewegung ein Hemmnis zur weiteren Vorwärtsentwicklung des roten Landarbeiterverbandes beseitigt ist. Die Gauleitung ruft den Landarbeitern im Kreise Merseburg zu: **Im Sinne des Anheier-Ruhland-Aufgebots. Hinein in den Landarbeiterverband. Vorwärts im Kampf gegen die Unternehmer und gegen alle Verschlechterungen der Lebenslage des Volkes!**

*

Die „Volksblättchen" beschäftigte sich abermals mit „Quarch". Dem armseligen Reptil paßt es nicht, daß die Kreisleitung der Arbeiterschaft Schädlinge konsequent aus ihren Reihen entfernt, bleiben doch in der SPD und in den freien Gewerkschaften immer noch Leute Mitglied, die Verbandsgelder für sich einsteken!

Das „Volksblatt" lügt wieder einmal, indem es die Behauptung aufstellt, die Kommunisten hätten von dem arbeiterfeindlichen Verhalten Quarchs vorher gewußt.

Nicht wahr!

Wir Bergarbeiter wissen, als er noch Gewerkschaftsbonze, SPD-Funktionär war, hatten wir keine Ahnung. In **Ruhland er von einem Tarifkontrahenten Geld gepumpt. Als 1 Mark Monatsgehalt vom Deutschen Landarbeiterverband bezog, hat er einen Landproleten, der sich jahrelang mühselig 1000 Mark zusammengespart hatte, um dieses Geld gebracht.**

Den „Volksblatt"-Leuten sei deshalb gesagt: Quarch war einer der euren!

Eine andere Sache sind die sogenannten Zwischenfälle, die sich bei der Exmittierung des Quarch aus dem Hause des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Merseburg ereigneten.

Die Bergarbeiterbürokraten wollten Quarchs Möbel behalten. Mit der Pistole verteidigten sie die „beschlagnahmten" Möbelstücke!

Revolutionäre Arbeiter halfen Quarch, der zur KPD übergetreten war, die Möbelstücke in Sicherheit zu bringen und Quarch mit seiner Familie eine Wohnung zu besorgen. Unsere Genossen glaubten, diese Solidaritätsaktion dem bedrängten Quarch schuldig zu sein. Ein Genosse nahm Quarch in seinem Haus auf. Bis heute hat Quarch nicht die geringsten Anstalten gemacht, in dieser Wohnung überhaupt Miete zu bezahlen.

Unser Genosse ist diesem Arbeiterschädling keine Solidarität schuldig, das sei hier ausdrücklich bemerkt!

*

In den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft haben Schädlinge keinen Platz. Dort werden sie bald erkannt, wenn sie sich nicht mit aller Kraft für die Erfüllung der gestellten Aufgaben einsetzen.

Unsere Genossen fürchten nicht Zuchthaus und Kerker. Ja, sie schlagen ihr Leben in die Schanze. Das „Volksblättchen" kann daher mit seinem Geschreibsel keinen revolutionären Arbeiter verwirren.

Es wird auf seinen Art ungewollt dazu beitragen, das Anheier-Ruhland-Aufgebot zu unterstützen!

Werde Mitglied der Roten Hilfe!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0005

HALLE

Mittwoch, den 23. November 1932

Freispruch statt langer Zuchthausstrafe

Vor dem Schöffengericht Halle fand am 21. November die Verhandlung gegen die 23jähr. Tischler Hermann Wagner und Kurt Kriehm aus Rahnitz (Kreis Merseburg) statt, denen der Lohngeldraub in Wehlitz bei Schkeuditz am 5. Oktober d. J. zur Last gelegt wurde.

Im Büro der Papierfabrik wurden an diesem Tage um die Mittagsstunde 3600 Mark Lohngelder geraubt. W. hat nach Zeugenaussage den allein anwesenden Kontoristen mit einem Revolver bedroht und ihn in die Ecke gestellt. Obwohl der Kontorist den W. sicher zu erkennen glaubte, weil er ihn anderthalb Wochen vorher schon einmal im Büro gesehen hat, wo er nach geschäftlichen Dingen angeblich fragte, traten mehrere Alibizeugen auf, die bekundeten, daß die beiden Angeklagten zur Zeit nicht anwesend gewesen sein können.

Das Gericht hielt einen Irrtum der Belastungszeugen für möglich und erkannte überraschenderweise auf Freispruch. Der Staatsanwalt hatte bei W. 7 Jahre und bei K. 5 Jahre Zuchthaus beantragt.

So werden Jungarbeiter einzufangen versucht

(Jungarbeiterkorrespondenz)

An einem der letzten Sonntage war unsere Klasse zu einer Veranstaltung des Christlichen Vereins junger Männer eingeladen, um, wie auf der Einladung stand, einen Vortrag über Amerika zu hören. Begonnen wurde mit einem Lied auf den Heiland. Dann wurden die Ziele des Christlichen Vereins junger Männer erläutert und erklärt, daß dieser Verein eine große, über die ganze Welt verteilte Organisation der Jugend darstelle, deren Zweck es sei, die Jugendlichen im Sinne des Herrn Jesus Christus zu erziehen. Im Anschluß an diese erhebenden Worte wurden dann ein paar Bilder von Amerika gezeigt. Es folgten ein paar Aussprüche des „Herrn", vorgetragen durch den Pfarrer Bachmann, anschließend ein Gebet und wiederum mit einem Lied auf den „Heiland" wurde der Abend beendet.

Mit solchen Methoden wird versucht, die Arbeiterkinder einzufangen, deren Köpfe mit kirchlichen Dogmen zu verkleistern. Kein Arbeiterkind darf den Lakaien der Kapitalisten folgen, deren Absicht es ist, die Jungarbeiter und -arbeiterinnen zu willigen Sklaven der Ausbeuter zu erziehen. Arbeiterkinder haben in solchen „Jünglingsvereinen" nichts zu suchen. Sie gehören in den Kommunistischen Jugendverband, um mitzukämpfen für eine bessere Zukunft, für ein Sowjetdeutschland.

Wir kämpfen für die Sowjetunion

Für Montag abend war eine Versammlung des „Bundes der Freunde der Sowjetunion" nach dem „Volkspark" einberufen, die aber infolge der Verlängerung des Burgfriedens ausfallen mußte. Die zur Verfügung stehende Zeit war zu kurz, um diese öffentliche Veranstaltung in eine Mitgliederversammlung der proletarischen Organisationen umzugestalten.

Der kapitalistische Staat versucht mit allen Mitteln die Aufklärung der werktätigen Bevölkerung über die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zu unterbinden. Die Delegationen dürfen nicht hinüberfahren, in dieser Republik selbst wird „Burgfrieden" angeordnet, um das Abhalten öffentlicher Veranstaltungen unmöglich zu machen. Und trotzdem muß aber alles getan werden, um die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten.

Werdet Mitglied im Bunde der Freunde der Sowjetunion! Anmeldungen sind zu richten an die Bezirksleitung Halle-Merseburg, Adresse: W. Ohrem, Halle, Nickel-Hoffmann-Straße 7.

Heute Sitzung des Solidaritätsausschusses

Einladung an alle proletarischen Organisationen zur Sitzung des Solidaritäts-Ausschusses heute, Mittwoch, den 23. November, 18 Uhr, im Büro der IAH.

Jede Organisation muß vertreten sein!

Vielleicht eine schöne Gasmaske gefällt

Gas-Luftschutz heute bereits die große Mode — Alles wird zum Geschäft — Kampf imperialistischen Krieg!

Es scheint bestimmte Kreise zu geben, die, angesteckt von Papens Ankurbelungsprogramm, auf ihre Weise zu kurbeln versuchen. Da ist jetzt Gas- und Luftschutz der letzte Schrei der Mode. Völlig unpolitisch natürlich, betonen alle daran beteiligten Kreise. Völlig uneigennützig stellen wir uns in den Dienst dieser wichtigen Arbeit, schreibt auch die Leitung des Drogisten-Fachtrupp im Gas- und Luftschutz.

Ja, sowas gibt es! Warum sollen die Drogisten abseits stehen, wenn — völlig uneigennützig — der Herr Gefängnisdirektor im „Roten Ochsen" mit seinen Gefangenen ein bischen „Bomben über Halle" spielt, um natürlich nur auszuprobieren, wie seine Gefangenen im Ernstfalle am besten vor dem Gastode gerettet werden könnten. „Unvernünftige", wie der Genosse Lehmann, müssen dabei natürlich die Härte der direktorlichen Gewalt zu spüren bekommen, wenn sie sich ihrer „Rettung" widersetzen wollen. Was der Herr Gefängnisdirektor mit Unterstützung des Polizeipräsidiums und aller sonstigen Behörden nun sozusagen zwangsweise übt, hofft die Drogisten-Fachgruppe für den übrigen Teil der Bevölkerung weiterführen zu können. Wie, das zeigt ein Bericht, in dem es heißt:

„Als erste Berufsvereinigung haben sich die hiesigen Drogisten einschließlich aller Gehilfen und Lehrlinge dem Polizeipräsidium Halle für den Gas- und Luftschutz zur Verfügung gestellt ...

Da der Drogist meistenteils im Sanitätsdienst ausgebildet und er ferner durch seine tägliche Fühlung mit der Bevölkerung die gegebene Persönlichkeit ist, diese auch auf jenem wichtigen Gebiet zu beraten und aufzuklären, zu bl[illegible] hier wieder der altbewährte Leitsatz: „Fragt den D[illegible]sten" seine volle Berechtigung haben.

Die Ausbildung wird außerordentlich vielseitig [illegible] erster Linie die Hilfeleistung bei Gasvergiftung[illegible] Unfällen umfassen, aber auch bei der Anlage ganz[illegible] Keller, wie sie bald in jedem Hause gefordert werden müssen, soll der Drogist mit Rat und Tat zur Seite [illegible] können. Daß ihm, dank seiner Vorkenntnisse, noch besonder[illegible]tige Aufgaben als Gasprüfer usw. zufallen, sei nur [illegible] erwähnt. Es wird daher auch die praktische Ausbildung [illegible] Aufsicht der Polizei bzw. der Feuerwehr in den Vordergr[illegible] stellt werden."

Zum Schluß wird erklärt, daß das Polizeipräsidium [illegible] gefreut habe. Im übrigen klingt hervor, daß, wenn erst [illegible] Haus ein Gaskeller vorhanden ist, der Anreiz zu Luftangri[illegible] deutsches Gebiet abgeschwächt wäre.

Gasmasken sind heute schon ein großer Artikel. [illegible] nicht lange dauern und es wird heißen: „Sie brauch[illegible] Gasmaske, fragen Sie Ihren Drogisten." So wi[illegible] kurbelt!

Für die Arbeiterschaft sind diese Tatsachen ernste W[illegible]zeichen! Das 12. Plenum signalisierte den Beginn einer [illegible] neuer Kriege und Revolutionen. Riesengroß ist die Gefahr [illegible] imperialistischer Zusammenstöße, für die die Arbeiterschaft [illegible] Kosten tragen soll. Dagegen gilt es zu rüsten!

Solidarität macht Zwangsräumung unmöglich

So meldete der Polizeibericht:

„Bei einer Zwangsräumung in der Wörmlitzer Straße am 21. November gegen 12 Uhr hatten sich etwa 50 Personen angesammelt. Die Ansammlung wurde vom Ueberfallkommando zerstreut. Bei dem gegen 18 Uhr erfolgten Abtransport der Möbel bildete sich am Rannischen Platz plötzlich ein Zug von etwa 50 Kommunisten, die den Wagen unter dem Gesang der „Internationale" begleiteten. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos zerstreuten sie sich. Bei einer in der Lilienstraße angesetzten Zwangsräumung weigerten sich die angenommenen Transportarbeiter, die Räumung durchzuführen und fuhren wieder ab."

Zu der Exmittierung in der Wörmlitzer Straße erfahren wir noch folgendes: Es wurde in ganz unerhörter Weise gegen die Mieterin vorgegangen. Ihr wurde überhaupt nichts mitgeteilt, daß die Exmittierung stattfinden sollte, die Möbel wurden einfach aus der Wohnung auf den Hof gestellt.

Die Frau hatte eine Wohnung zugewiesen bekommen. Als bereits die Möbel des ersten Wagens in der Wohnung waren, erklärte ihr der Vermieter, daß sie nicht in der Wohnung bleiben dürfte, da er befürchten muß, sonst aus der Arbeit [illegible] fliegen.

So wurden denn die Möbel unter Polizeibedeckung [illegible] das Polizeigefängnis übergeführt. Die Frau aber m[illegible] ins Asyl gehen.

Es ist verständlich, daß die Entrüstung über ein [illegible] Vorgehen in der Arbeiterschaft immer stärker wird. [illegible] von Werktätigen die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage [illegible] mehr Miete zahlen können, droht ja das gleiche Schicksal. [illegible] die großen Polizeiaufgebote, die jede Exmittierung schon g[illegible]maßen zu einer Bürgerkriegsübung ausgestalten.

Wenn der Polizeibericht selbst feststellt,

daß sich in der Lilienstraße die angenommenen Tra[illegible]portarbeiter geweigert haben, die Räumung durch[illegible]führen und wieder abgefahren sind, so ist dies ein gl[illegible]zender Beweis der wachsenden proletarischen Solidarität.

In den meisten meisten Fällen handelt es sich ja auch [illegible] Transportarbeitern, die für solche Zwecke angeworben wer[illegible] Erwerbslose, die froh sind, ein paar Mark verdienen zu k[illegible] Diese Arbeiter aber empfinden, daß das Mitwirken [illegible] Zwangsräumung, bei der Heraussetzung eines Kaisergre[illegible] seiner Wohnung nicht zu verantworten ist. Diese Auffassung [illegible] Allgemeingut werden. Die von den Gerichtsbehörden [illegible] der Räumung beauftragten Gerichtsvollzieher und deren [illegible] werden wohl kaum gewillt sein, die Räumung selbst vo[illegible]men. Der enge solidarische Zusammenschluß aller Wer[illegible] wird und muß imstande sein, auch diese Maßnahmen der [illegible]besitzer zu verhindern.

Wohin gehen alle Mitglieder der proletarischen Organisationen **[redacted] am Freitag??**

In den „Proletarischen Kulturabend" im gr. Saal des „Volksparks", 20 Uhr

Mitwirkende: Spieltruppen: „Rote Agitatoren", „Alarm", „Rote Schmiede", rote Tanzgemeinschaft, rote Sportler, IAH-Pionlertruppe, Arbeiter-Gesangschöre.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Geschlossene Veranstaltung! Internationale Arbeiterhilfe.

Das war eine ganz reelle Sache...

15 Zeugen marschierten gestern in der Betrugssache Kn[illegible] auf. Fast ausnahmslos handelte es sich um Arbeiter, die [illegible]ten Sparpfennige hergaben in der Hoffnung, eine Wo[illegible] bekommen. Sie haben durchschnittlich Beträge von 200—[illegible] verloren.

Und heute sind sie erwerbslos und sollen noch die im [illegible] Augenblick erhöhten Geschäftsanteile nachzahlen!

Der Zeuge G. hatte sich als Kraftfahrer einige hunder[illegible] gespart und wollte sich, durch die großsprecherischen Zeitungsa[illegible] aufmerksam gemacht, ein eigenes Haus erwerben. Er kam [illegible]ner Frau zu Terhorst, die Frau fragte noch: „Ist das auc[illegible]lich kein Betrug?" Darauf erwiderte Terhorst: „Das ist [illegible] ganz reelle Sache." G. bezahlte das Geld, er wartet[illegible] noch auf sein Haus! Und wie ihm, so erging es Hunder[illegible] kleinen Sparern, die an ein eigenes Haus glaubten.

Zwei andere Zeugen ließen sich auch zu einem Haus ver[illegible] sie zahlten die Beiträge, Bauanteile usw. Man versteht[illegible] sie schließlich Krach schlugen und das Haus wurde [illegible] Fertigstellen mußten sie es selber. Sch. drängte auf den [illegible]nen Hausbau. Er hielt Terhorst und Knapstein [illegible] Straße an und überhäufte sie mit Schimpfreden. C. m[illegible] Versammlung ohne Terhorst und Knapstein ein[illegible] wurde er aus der Genossenschaft ausgeschlossen, und das [illegible] Glück, denn so erhielt er sein ganzes eingezahltes [illegible] wieder zurück.

Beginn der städtischen Sinfonie-Konzerte

Das erste große Sinfoniekonzert des Stadttheaters [illegible] war ein vielversprechender Auftakt. Mit einer wahrhaft [illegible] Musik, Beethovens Prometheus-Ballett, begann das [illegible] über Goetz' Klavierkonzert in B-dur und Schumanns [illegible] nie zu prachtvoller Steigerung führend. Der neue [illegible]meister Johannes Schüler erwies sich als berufener [illegible] dieser herrlichen Musik. Er leitete das Orchester mit [illegible]sem Willen; es folgte in allen Teilen seinen Intentionen [illegible] auf Tempi und Schattierungen und ging auch, wenn es [illegible] wurde, zu Schwung und Leidenschaft mit. Die Ballett[illegible] zauberte so mit der großartigen Buntheit der Einfälle; die [illegible]tiker aber, oft in süßlich-sentimentaler Art entmannt, [illegible] und Feuer bewegten Lebens. Dem Orchester, das in allen [illegible] begeistert musizierte, hat der Leitungswechsel offenkundig [illegible]puls gegeben. Man kann nur wünschen, daß es in [illegible] größere Anerkennung findet.

Der Solist des Abends, Eduard Erdmann, errang [illegible] Klavierkonzert von Goetz einen großen Erfolg. Der K[illegible] wahrhaft ein Meister des Instruments, er beherrscht [illegible]tän das Werk, insbesondere seine großartige thematische [illegible] und so vermittelte er uns dessen reiche Schönheiten auf [illegible]liche Weise. Das Orchester begleitete prachtvoll; an der [illegible]vollen Herausarbeitung der Kontraste, der bestimmlichen [illegible] leidenschaftlichen Spannungen, hatte es bedeutenden [illegible] stürmische Beifall, der Solist und Orchesterleiter immer [illegible] die Rampe rief, war nicht konventionell, sondern ehrlich [illegible]dient.

Wer zögert noch? Nur noch zwei Tage Zeit

zur Ausgabe der Bestellung für die Sportsondernummer des „Roten Echo". Neuerdings gingen wieder Bestellungen ein aus Stedten auf 55, Gräfenhainichen 100, Radefeld 50, Bockwitz 150, Lauchhammer 120, Dolsthaida 100, Mückenberg 50, Ortrand 50, Biehla 50, Liebenwerda 30, Döllingen 30, Grünewalde 20, Cossa 20, Riemegk 50, Bottendorf 30, Dobien 20, Roitzsch 60, Nietleben 65, Sangerhausen 100, Wettin 75, Theißen 200, Schraplau 100, Golpa 100, Polleben 25, Naundorf im Geiseltal 50 und Dieskau 65 Exemplare.

Wo bleiben die Bestellungen der roten Sportvereine der KG? Unverzüglich ist in allen Parteileitungen zum Betrieb dieser Sportsondernummer Stellung zu nehmen, um massenagitatorische Arbeit für die antifaschistische Sportfront unter 150 000 proletarischen Sportlern in reformistischen und bürgerlichen Sportverbänden in Mitteldeutschland zu leisten. Das „Rote Echo" ist ein antifaschistischer Massenagitator. Füllt sofort nachstehenden Bestellschein aus und schickt ihn an den Verlag des „Roten Echo", Halle, Lerchenfeldstraße 14 oder gebt die Bestellungen telephonisch auf unter den Nummern Halle 210 45 oder 210 47 oder am Freitag, bis 11 Uhr, in Leipzig unter Nummer 237 82 (Redaktion „Klassenkampf").

Bestellschein für

Ortsgruppe . . . . . .

bestellt . . . . . **Stück**

Sport-Sondernummern

Einen Tag vor Lieferung muß die Bestellung im Besitz des Verlages sein

Illustriertes **Rotes Echo** 15 Pf. Wochenzeitung der Werktätigen Mitteldeutschlands

Ab Freitag, dem 25. November, ist die Losung: Massenvertrieb des „Roten Echo". Gewinnt die proletarischen Sportler der bürgerlichen und reformistischen Verbände für die antifaschistische Sportfront zur Herstellung der roten Einheit!

Alle unteren Parteieinheiten und roten Sportvereine geben sofort die Bestellung für die reich illustrierte Sport-Sondernummer auf, unter Angabe der genauen Adresse, wohin die Zeitungen zu liefern sind.

Unterschrift des Bestellers: . . . . . **Stempel der Ortsgruppe:** . . . . . .

Gummi-Bieder-Besohlung Gummi mit N[illegible] billiger, [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0006

Revolte in den SA-Kasernen

Ein weiteres Ereignis in der Führerschule der mecklenburgischen SA (Bad Stuer) beweist die fortschreitende Zersetzung und Auflösung der nationalsozialistischen SA-Truppen:

In der Barmer SA-Kaserne meuterten die SA-Leute, besetzten das Heim und sperrten den Abgesandten der Parteileitung solange in den Keller, bis die Leitung sich verpflichtete, ihren Beschluß zu ändern.

Ueberall rebellieren die SA-Leute gegen ihre Führung, die sie im Stich läßt. Es ist notwendig, daß diese irregeführten Arbeiter den Weg finden zur roten Einheitsfront. Dort ist der Platz für sie im Kampfe gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung.

Wie SA-Proleten Hitler antworten

Das bisherige Mitglied der Hitler-Jugend der Ortsgruppe Zschornewitz, Willi Walter, ist ausgetreten und hat sich der Kampfbundjugend angeschlossen. In einer Erklärung sagt der Genosse, daß er erkannt hat, daß in der Hitler-Jugend die Interessen der Arbeiterklasse nicht vertreten werden, sondern nur die KPD für die Befreiung der Arbeiterschaft kämpft.

In Reichenbach (Ostpreußen) haben kürzlich 8 SA-Jungproleten die SA verlassen und sind zu der Jugendgruppe des roten Land- und Forstarbeiterverbandes gestoßen. Vor einiger Zeit haben Jungarbeiter einen nationalsozialistischen Angriff abgewehrt und wurden deshalb vom Sondergericht zu ungeheuerlichen Strafen verurteilt. Die Empörung über diese Justiz war auch unter den SA-Proleten so groß, daß sie die SA unter Abgabe einer Erklärung verließen und sich der Jugendgruppe des roten Landarbeiterverbandes anschlossen!

SA in Barmen meutert

In der Barmer SA-Kaserne Auf der Allee brach eine Meuterei aus, die gegen die NSDAP-Führung aus, weil diese sich für einen verhafteten SA-Führer einen Rechtsbeistand zu verschaffen versuchte. Der SA-Führer hatte aus einem fahrenden Auto blindlings Passanten geschossen. Die Praxis der Nazijüngen besteht darin, blindwütige Arbeiter zu Terrorakten anzustiften und sie dann im Stich zu lassen.

Lohnabbau-Notverordnung „rechtsgültig"

Das Ende eines großen Betrugs der SPD-Führer!

Am 5. November entschied das Reichsarbeitsgericht in Kassel, die die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer anläßlich des Lohnabbaus im Remscheider Alexanderwerk hatten. Die Direktion hatte den Lohnabbau auf Grund der Lohnabbau-Notverordnung der Papen-Regierung vorgenommen. Die Arbeiter streikten zunächst. Doch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer würgten den Streik ab. Die Erklärung, daß sie auf dem Klagewege die Rechtmäßigkeit der Papen-Notverordnung vom Gericht feststellen lassen wollten.

Das Reichsarbeitsgericht hat nun entschieden, daß die Papen-Verordnung „rechtsgültig" sei. Der Einwand, daß durch die Notverordnung die abgeschlossenen Tarife durchlöchert, aufgehoben, hat das Reichsarbeitsgericht mit der Erklärung abgetan, daß gesetzliche Eingriffe in die Vertragsfreiheit der Tarifparteien verfassungsmäßig seien.

Die betrogene Arbeiterschaft hat von dem Reichsarbeitsgericht der Bourgeoisie keine andere Entscheidung erwartet. Es erledigt sich wiederum ein großer Betrug der SPD-Führer. Denn die SPD-Führer haben immer vorgerechnet, daß das Reichsarbeitsgericht in diesem Sinne zugunsten der Papen-Regierung und der Unternehmer entscheiden könne. Als sich nach Erlaß der entsprechenden Notverordnungen die Arbeiter gegen den Lohnabbau zur Wehr setzten, fuhren die SPD-Führer: „Streikt nicht! Das Reichsgericht wird die Papen-Notverordnung als rechtsungültig erklären."

Am 5. September veröffentlichte beispielsweise der Afa-Bund eine Resolution, in der es wörtlich heißt:

„Es muß mit den Grundsätzen der Reichsverfassung nicht in Einklang stehen, wenn sich die Reichsregierung unter Berufung auf Artikel 48 die Vollmacht geben läßt, alle verbürgten Rechte der Versicherer in Sozialversicherung und Arbeitsrecht, in Fürsorgearbeitslose und Kriegshinterbliebene zu ändern oder aufzuheben."

Am 5. September veröffentlichte der „Vorwärts" einen Artikel über den Bittgang der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu Schäffer, in dem es heißt:

„Die Gewerkschaftsvertreter machten den Minister darauf aufmerksam, daß eine solche Blankovollmacht, wie sie die Regierung verlangt, alle sozialen Einrichtungen vom Reichspräsidenten aufwärts lassen, einem Bruch der Verfassung gleichkomme. Die Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterschaft mit allen zulässigen Mitteln gegen dieses Unrecht ankämpfen wird."

Es folgen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den letztenmal an. Am 25. September schrieb der „Vorwärts" nochmals wörtlich:

„Die Verordnung der Regierung Papen vom 5. September verletzt nach Ansicht der Freien Gewerkschaften einen verfassungswidrigen Einbruch in das Tarifrecht dar. Die Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie sich gegen diese rechtlich unhaltbare Verordnung mit allen gesetzlichen Mitteln zur Wehr setzen werde... Nach dem Gesetz, wie nach der Rechtsprechung kann ein Tarifvertrag während seiner Laufzeit nicht abgeändert, noch kann von ihm abgegangen werden, es sei denn, daß beide Parteien hierzu ihre Zustimmung geben. Wenn sich die eine Partei nicht mehr an den Vertrag hält, so ist auch die andere Partei nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden. Ob eine Partei die Friedenspflicht verletzt, darüber entscheidet nicht die Regierung, sondern das Arbeitsgericht."

Arbeiter, mit diesem Geschwätz haben euch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die SPD-Führer vom Kampf abzuhalten versucht. So wollten sie mitheifen, den Lohnabbau durchzudrücken. Macht Schluß mit diesen SPD-Führern! Keinen Funken Vertrauen zu diesen politischen Betrügern!

Wir Kommunisten haben euch Arbeitern gesagt, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, daß das Reichsarbeitsgericht dieses Staates die Notverordnungen der Brüning- und Papen-Regierung immer billigen wird. Wer in solchen Fragen die Arbeiter auf den Rechtsweg verweist, der will sie betrügen.

Die Kommunistische Partei und die RGO haben den richtigen Weg gewiesen. Wenn in hunderten betrieblichen Streiks der Lohnabbau abgewehrt werden konnte, wenn der Vorstoß des Unternehmertums zunächst gebrochen werden konnte, so gegen den Willen der SPD-Führer, so dank der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft, so dank der richtigen Führung der RGO und KPD.

Arbeiter, schließt fester die Reihen der Einheitsfront unter Führung der RGO und KPD.

Der Rundfunk-Kommissar Scholz hat so gewaltige Erfolge in seiner Tätigkeit aufzuweisen, daß man ihn jetzt von seinem Posten abberufen hat.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wandte sich der Beauftragte der Braun-Severing-Regierung Dr. Brecht gegen die Verordnung Hindenburgs über die Regelung der Zuständigkeit der Preußenregierung.

Kämpfe für Freiheit und Sozialismus! Tritt ein in die **KPD**

Letzte Kurzmeldungen

Freyburg (Unstrut). Sturz aus 10 Meter Höhe. In der Lauchaer Zuckerfabrik stürzte der Arbeiter Erich L., der dort vorübergehend Beschäftigung gefunden hatte, aus etwa 10 Meter Höhe ab. Er überschlug sich beim Fallen mehrmals, fiel aber zum Glück auf die Füße. Gleichwohl mußte er ins Naumburger Krankenhaus gebracht werden.

Gerbstedt (Mansfelder Seekreis). Gastod eines Liebespaares. Zwei junge Leute, der 30jährige Arbeiter Walter Th. und die 17 Jahre alte Ilse F. von hier, verübten in der Nacht zum Sonntag in der Wohnung der Eltern des jungen Mannes Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Liebeskummer soll nach hinterlassenen Aufzeichnungen der Grund sein.

Zeitz. Eine neue Straße dem Verkehr übergeben. Nachdem die Arbeiten an der neuen Straße Hainichen—Großpörthen—Kleinpörthen bereits vor einiger Zeit beendet waren, ist die neue 7 Kilometer lange Straße jetzt dem Verkehr übergeben worden, der sofort lebhaft einsetzte, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Feldarbeiten Eile erfordern.

Zeitz. Zeitz im Dunkeln. Durch eine Störung im Dampfkesselbetrieb des städtischen Elektrizitätswerkes am Sonnabend trat eine Unterbrechung in der Stromversorgung ein. Die Folge war, daß die Stadt kurz nach 6 Uhr abends in völliges Dunkel gehüllt wurde. Glücklicherweise war die Störung nach einer halben Stunde beseitigt.

Zscheiplitz (Kreis Querfurt). Ein Gruß aus dem Mittelalter. Im Hause eines hiesigen Landwirts fand man beim Abbruch des Backofens in einem Tongefäß eine Anzahl alter Münzen, die beim Bau des Backofens offenbar dort deponiert wurden. Das älteste Geldstück trägt die Jahreszahl 1438.

Greppin (Kreis Bitterfeld). Die Schule als Obdachlosenheim. Die Wohnungsnot, die man durch die städtische Randsiedlung in Kürze zu beheben hofft, brachte es hier mit sich, daß eine ermittlerte Familie in einer von der Polizei beschlagnahmten Hilfsschulklasse untergebracht wurde. Der Schulvorstand hat hiergegen Einspruch erhoben.

Gostau (Kr. Merseburg). Selbstmordversuch mit Bindegarn. Die 24jährige Hausangestellte eines hiesigen Landwirts wurde von ihrem Dienstherrn bewußtlos im Bett aufgefunden. Sie hatte versucht, sich den Hals mit Bindegarn zuzuschnüren. Nach einigen Stunden war es gelungen, die Lebensmüde ins Bewußtsein zurückzurufen. Schwermut und Liebeskummer sollen der Grund zu ihrem Schritt gewesen sein.

Teuchern. Identifizierte Leiche. Der Tote, der auf dem Bahnkörper in der Nähe der sogenannten Dreibogenbrücke aufgefunden wurde, ist als der 17jährige Arbeiter Ernst Heinecke aus Teuchern festgestellt worden. Heinecke, der in Weißenfels beschäftigt war, hatte sich auf der Fahrt zur Arbeitsstätte unter einem Vorwand von seinen Kollegen getrennt, um dann den Selbstmord auszuführen. Die Gründe dazu haben sich jedoch noch nicht ermitteln lassen.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 24. November

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9—9.45 Uhr: Schulfunk. Gemeinschaftsprogramm der deutschen Schulfunksender. Ein Hörbild. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Tagesprogramm. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Richard Wagner: Szenen aus „Siegfried" (Schallplatten). 13 Uhr: Nachrichtendienst, Wetterdienst und Zeitangabe. 13.15 Uhr: Volksinstrumente (Schallplatten). 14 Uhr: Filmberichte. 14.30 Uhr: Erwerbslosenfunk. Versicherung. Fürsorge und Krisenrisiko. 15 Uhr: Amüsante Denkaufgaben. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30—17.35 Uhr: Wetterprognosen und Zeitangabe. 18 Uhr: Zur Eröffnung des Deutschen Reichsbahnmuseums. 18.15 Uhr: Steuerrundfunk. 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Spanisch. 19 Uhr: Spinoza, anläßlich seines 300. Geburtstages. 19.35 Uhr: Volkslieder. 20.05 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21.05 Uhr: Blick in die Zeit. 21.15 Uhr: „Die Reiserjäger", Eine Chornovelle mit Dialogen. 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Funkstille.

Wie wird das Wetter?

Donnerstag: Auf Nordwest drehende, höige Winde. Unbeständige Witterung mit Schauerniederschlägen. Im Harz vielfach Schnee.

Freitag: Weiterhin unruhiges und unbeständiges Wetter wahrscheinlich. Auch im Flachlande zeitweise Schneefälle nicht ausgeschlossen.

Pegelstand der Saale			Pegelstand der Elbe		
Trotha	184	Fall 16	Torgau	—20	unver.
Bernburg	108	Wuchs 14	Wittenberg	125	Fall 8
Calbe (oberh.)	154	Wuchs 4	Roßlau	53	Fall 5
Calbe (unterh.)	66	Wuchs 18			

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Der liebe Augustin
Operette von Leo Fall

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch 20 bis neg. 23 Uhr
Vor Sonnenuntergang
Schauspiel v. Gerh. Hauptmann
Donnerstag 20 gegen 23 Uhr
Liselott
Operette von E. Künneke

Eßt und trinkt die **Qualitäts-Ware** von DAMPFMOLKEREI **Siersleben**

Obst, Gemüse, Grünwaren
Alfred Räumschüssel
Wolfen, Leipziger Str. 50a

Auf **Teilzahlung**
Bettsteilen
Matratzen
Ruhebetten
Steppdecken
Auszugtische
Polstersessel
WOCHEN-RATE M. 1.-
Stühle
Waschtische
Nachtspinde
Eichmann & Co.
Halle-Saale
Große Ulrichstr. 36
Große Ulrichstr. 51
Eingang Schulstraße

Außerordentliche Generalversammlung des **Konsumvereins Lieskau E. G. m. b. H.**
am Sonntag, dem 4. Dezember 1932 nachmittags 3 Uhr im Lokal des Herrn **Seibicke**

Tagesordnung:
Punkt 1 Wahl eines Vorstandsmitgliedes
Punkt 2 Antrag Scharf u. Genossen betr. Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung

Der Aufsichtsrat
i. A. Albert Knaut, Vorsitzender

Allgemeiner Konsum-Verein für Mühlberg und Umgegend
e. G. m. b. H., Mühlberg (Elbe)
General-Versammlung
Sonntag, den 4. Dezember 1932 nachmittags 2 Uhr im **Schützenhaus**

Tagesordnung:
1. Halbjahres- und Jahresbericht
2. Bericht des Aufsichtsrates
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
4. Genehmigung des Gewinnverteilungsplanes
5. Statutenänderung: Antrag der Verwaltung, Abänderung des § 42

Otto Obenaus
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dienstag ½9 Uhr verstarb im Elisabeth-Krankenhaus der Invalid **Max Schwenke** im Alter von 73 Jahren.
Dies zeigt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Anna Schwenke**
Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am Freitag 2½ Uhr in der kl. Kapelle d. Gertraudenfriedhofes statt.

Diskussion zum Bezirksparteitag

„SPD bleibt die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie"

„Der bleibt die SPD die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gegenwärtig tritt die SPD zeitweilig seit dem Sturz offener als Tolerierungspartei des Kabinetts der Nationalsozialisten.

Die Zeitungen in Deutschland und im Auslande haben bewiesen, wie sehr sich der Sozialdemokrat Löbe im Anschluß an die Reichstagsauflösung geradezu als „Retter" für die Bourgeoisie betätigte. Der Wahlkampf der SPD mit ihrer Hetze gegen uns Kommunisten, die häufig sogar als der Faschismus bezeichnet werden, zeigt weiter diese Rolle des Sozialfaschismus.

Es erübrigt nicht unsere Feststellungen über die SPD als Wegbereiter der faschistischen Diktatur und über die Selbstentlarvung der Führer am 20. Juli zu wiederholen. Ich will hier nur kurz darauf hinweisen, das bei der jetzigen Verhandlung am 5. Juli vor dem Staatsgerichtshof an die Oeffentlichkeit kam, daß der Brief Otto Brauns, des früheren preußischen Ministerpräsidenten, der von seinem Vertreter in Leipzig verlesen wurde. In diesem Briefe heißt es:

„Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Reichsregierung... unterstützt und die ein Dienstbote, der gestohlen hat und den man nicht mehr betreten läßt, aus dem Amt gejagt zu werden und das um so mehr, als es auf die Anordnung eines Mannes geschieht... der mir nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt."

Diese Selbstentlarvung der SPD kann man höchstens noch mit dem bekannten Artikel des Herrn Goebbels vergleichen, wo er ganz offen eingestand, daß „auf dem breiten Rücken der Nazis" die feinen Leute aus dem Herrenklub — damit ist die Papen-Schleicher-Regierung gemeint — ans Ruder gekommen sei. Für uns Kommunisten ist die richtige Beurteilung des Verhältnisses von Faschismus und Sozialdemokratie selbstverständlich von größter Bedeutung. Wir müssen trotz der Oppositionsmanöver der SPD in der Arbeiterschaft Verständnis für die Rolle der Sozialdemokratie als „gemäßigten Flügel des Faschismus", als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" schaffen.

Wir wollen die proletarischen Massen in den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie führen, die heute immer schärfer in den Formen und in den Methoden einer faschistischen Diktatur ausgeübt wird. Können wir das etwa mit der Abschwächung des Kampfes gegen die SPD, mit einer „Blockpolitik" gegenüber der SPD, mit einem „Neutralitätsabkommen" gegenüber den sozialfaschistischen Führern erreichen, wie es die „linken" Filialen des Sozialfaschismus, SAP und Brandlerisien, oder vor allem der Konterrevolutionär Leo Trotzki, den revolutionären Arbeitern vorschlagen?

Das ist unmöglich. Gerade, um die Massen in den Kampf gegen die faschistische Diktatur führen zu können, müssen wir den Einfluß der SPD auf entscheidende Teile des Proletariats mit den größten Anstrengungen unsererseits zu brechen versuchen. Ohne den gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie kann es keine Einreihung der SPD-Arbeiter in die antifaschistische Kampffront und damit auch keinen erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur und ihre Terrororganisation, den Hitler-Faschismus, geben.

(Ernst Thälmann, aus der Rede auf der Parteikonferenz der KPD, erschienen in der Broschüre „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur".)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0007

Bundestreue Turnerriege kommt geschlossen zur KG

Dem FTS Ammendorf ist es gelungen, innerhalb des Bundesvereins „Fichte"-Ammendorf vorzustoßen und die proletarischen Elemente zu uns herüberzuziehen. So trat die erste Turnerriege von „Fichte" am Sonnabend geschlossen zum roten Sportverein über und treten diese Spieler bereits kommenden Sonntag zum ersten Handballspiel an. Wir begrüßen die neuen Streiter und erwarten, daß die anderen Genossen von „Fichte" diesem Schritt ebenfalls baldigst folgen werden, um somit die Einheit im roten Ammendorf zu vollenden.

Wir rufen die Arbeiterschaft Ammendorfs und Umgebung auf, zu diesem Spiel der roten Sporteinheit recht zahlreich zu erscheinen.

Arbeiter-Kegler, Halle

Die Aufstellung der Klassen und Gruppen hat begonnen, ich bitte deshalb alle Vereinsvorstände ihre Mannschaften umzustellen, damit die Spieltermine für die nächsten Serienspiele festgesetzt werden können, welche Ende Januar ihren Anfang nehmen. Meldung in der nächsten Börse am 3. Dezember, im Rest. zur Sonne. Auch sind die Pässe in Ordnung zu bringen, damit die Startberechtigung in diese eingetragen werden kann, welche vor jedem Spiel zu prüfen sind.

Am Sonntag, dem 4. Dezember finden in Döllnitz zwei Werbespiele statt. Es spielen um 9 Uhr vormittags Döllnitz gegen Freie Reune, Halle, um 1 Uhr nachmittags Döllnitz gegen Rote Kugel, Halle.

In den neuen Serien wird folgendermaßen gespielt:

1. Klasse, 1. Gruppe
Teicha, Rote Kugel, Centr.-Verein 1a, Solidarität, Döllnitz 1.

1. Klasse, 2. Gruppe
Lettin 1, Centr.-Verein 1b, Freie Reune, Wettin 1.

2. Klasse, 1. Gruppe
Centr.-Verein 2b, Lettin 2, Döllnitz 2, Brachstedt 1.

2. Klasse, 2. Gruppe
Wettin 2, Centr.-Verein 2a, Brachstedt 2, Döllnitz 3.

Technischer Ausschuß: O. Pohle.

ASC-Halle. Mittwoch, 30. Nov., Vorstandssitzung im Vereinslokal. Alle Vorstandsmitglieder werden ersucht, restlos zu erscheinen. Alle Anträge und Gesuche zur Jahreshauptversammlung am 3. Dezember müssen schriftlich beim Genossen Max Müller zur Vorstandssitzung eingereicht werden.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Zum Spiel der Mannschaften Süd—Nord am kommenden Sonntag, dem 27. November, 14.30 Uhr, auf dem Stadion, sind folgende Mannschaften aufgestellt, die für den Spielbetrieb am Vormittag gesperrt sind:

Süd: Wolske (Ammendorf), Ballschuh und Kahl (Minerva), Scholz (Atlas), Sperling (Ammendorf), Pohl (Atlas), Christ und Roach (Viktoria), Fritsche (Sportbrüder), Böttge (Blau-Weiß) und Godde (Ammendorf). Ersatz: Atlas und Blau-Weiß je einen Genossen.

Nord: Mogel (Sportbrüder), Schütz (ASC), Büttcher (Giebichenstein), Wagner (ASC), Koch (Crölliwitz), Schmidt (FSW), Friedrich (Sportlust), Knoch (ASC), Heinrichs (Trotha), Henze (Crölliwitz) und Böttling (FSW). Ersatz: Trotha und FSW je einen Genossen.

Schiri: Ballschuh (Blau-Weiß), Minerva zwei Linienrichter. Vorher Jugend Giebichenstein—ASC.

Solidaritätsspiel in Ammendorf (Radeweller Platz)

724	11.00 Uhr	FTS Ammendorf 1—Döllnitz 1	E. Seupt, Nietleben

Gesellschaftsspiele!

725	14.00 Uhr	FSW 2—Gutenberg 1	Wörmlitz
726	10.00 „	Eisdorf Schüler—FSW Schüler	Eisdorf

Änderungen für Sonntag, den 27. November. Handball. Das Spiel 157 findet erst 15 Uhr statt! Spiel 141 findet bereits 11 Uhr statt! Spiel 184 und 200 fällt aus. Dies Schiri sowie Vereinen zur Kenntnis!

Schiristandsetzungen. Spiel Nr. 158 und 201, 15 und 14 Uhr, Seeben—Gennewitz leitet Fritz Schaaf, Wörmlitz. Spiel Nr. 157, 15 Uhr, FSW 1—Eisdorf 1 leitet Willy Böer, Domröhde. Spiel Nr. 159 und 202, 14 und 15 Uhr, Nietleben gegen Ammendorf leitet Wießner, Wörmlitz. Berger, Müller.

Am Sonntag, dem 27. November 1932, herrscht ab 12 Uhr Spielverbot, alle Spiele müssen bis dahin erledigt sein.

Achtung: Freitag, den 25. November, findet der Schiedsrichterlehrgang in Halle, Friedrichsgarten, statt. Alle Kursisten müssen restlos erscheinen, auch die Kursisten, welche vom ersten Kursus den Schiedsrichterkursus noch nicht mitgemacht haben. Alle Kursisten müssen Bleistift mitbringen. Anfang 20 Uhr. Küster.

Sonntag, den 27. November, finden folgende Serienspiele statt:

849	9.30 Uhr	Viktoria 1. Sch.—Ammendorf 1. Sch.	Viktoria
715	10.30 „	Viktoria 4—Ammendorf 3	Crölliwitz
716	10.30 „	ASC 3—Atlas 3	FSW
790	10.45 „	Teicha Jgd.—Lettania Jgd.	Priester
730	9.45 „	Bruckdorf 3—Zörbig 3	Meßmar
868	11.15 „	Bruckdorf Sch.—Zörbig Sch.	Bruckdorf
731	10.15 „	FSW 4—Gröbers 4	Tornitz
732	10.15 „	Minerva 3—Giebichenstein 3 (ASC-Platz)	Atlas
745	9.15 „	Ammendorf 4—Lieskau 3	Döllnitz
746	9.00 „	Fortuna 4—Viktoria 3	Brachwitz
775	10.30 „	Fortuna 3—Trotha 3	Brachwitz
747	10.15 „	Lettania 4—Lettin 3	
792	10.00 „	Trotha Jgd.—Atlas Jgd.	
889	11.00 „	Trotha 1. Sch.—Fortuna 1. Sch.	
847	9.00 „	Trotha 2. Sch.—ASC 1. Sch.	
832	11.00 „	Crölliwitz Jgd.—Viktoria Jgd.	
838	11.00 „	Reideburg Jgd.—Lieskau Jgd.	
845	11.00 „	Atlas Sch.—Brachwitz Sch.	

Nachgemeldete Mannschaften von Serienspielen: SSV Merseburg 3 und Germar Schüler. Dadurch fallen folgende Spiele aus: Nr. 761, 794, 797, 798, 890, 892, 896, 896, 901.

Handballsparte Halle.

Die Schwarzstellung von Rauendorf ist als Montag, den 28. November aufgehoben. Von diesem Tage an besteht für Rauendorf Spielverbot. Die letzten Spiele finden statt.

Achtung!

Die Disqualifikation folgender Vereine ist ab Montag, den 21. November 1932 aufgehoben: ASC, Ammendorf, Bennstedt, Brachwitz, Cösmar, Gröbers, Minerva, Osterau, Reideburg, Blau-Weiß.

Disqualifiziert sind ab Montag, dem 5. Dezember 1932 folgende Vereine: Bennstedt, Beesenlaublingen, Beesedau, Cösmar, Friedrichsgarten, Priester, Wettin, Zörbenden, Ermlitz, Kämmeritz und Blau-Weiß. Meldung und Zahlung erfolgt. J. A.: H. Bu.

Achtung, Vereine und Schiri!

Fußballsparte Bezirk Halle.

Meldung im Spiel 102 muß es heißen: Nach § 61 III erhält Gemeinde Trotha, sechs Wochen Disqualifikation bis 26. Dezember 1932.

Meldung im Spiel 70 muß es heißen: Nach § 61 III erhält der Klemm (Männer) nicht Drabe (Männer) vier Wochen Disqualifikation, selbige ist durch Schwarzstellung erledigt. Genosse Kaufmann Dürrmann einen strengen Verweis. Bezirksvorstand. J. A.: H. Bu.

Vorstandssitzung 21. November 1932. Meldung Bezirk Leipzig und Gröbers, Hange, Ermlitz, wird vertagt. — Strafe Vereinsvorständeconferenz für Halle, Döllnitz niedergeschlagen. Strafe für Vereinsvorständeconferenz für Halle gelegt. J. A.: H. Bu.

Die Disqualifikation des Genossen Walter Höpner (Brachwitz), Fritz Becker (Sportlust), ist am 21. November abgelaufen.

Sportvereinigung Achilles von 1890 Halle. Die 1. Ringer- und Boxmannschaft, fährt am Sonnabend, dem 26. November nach Salle und kämpft gegen den hartigen Verein, der Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes ist. Freundschaftskampf aus. Die Genossen, die zum Kampf fahren, treffen sich Mittwoch in der Uebungsstunde. Zweiter Vorsitzender.

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt. Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

III Der Weg zum Kunden III

ROGOSCH 6010 färbt wäscht reinigt alles

Eure Eier, Butter, Milch u. Käse bei **Bruno Schrader** 6039 Zeitzer Straße 1

Alle Lebensmittel gut und billig bei **Ernst Bornschein** 6038 Kl. Deichstraße 9

Eure Lebensmittel kauft bei 6006 **M. Preil** Fischgasse 13

Schilling - Webereiwaren 6009 Nicolaistraße 1

Nathaus Häring 6012 empfiehlt sich bestens Adenstraße 3

Spare bei **Hossack** 6015 Hossack's Lebensmittel Alles gut und billig!

Weißenfels-Beuditz

Lebensmittel, Kolonialwaren, hauschl. Fleisch- und Wurstwaren bei **A. Reinhardt** Beuditz 3 41.22 6036

Weiß-Brot-Bäckerei / Beuditz 12 empfiehlt sich bestens 6037

Brillen, Optik u. Photo nur bei **John** 6013 Jüdenstraße 7

6014 **Macht mehr Handarbeiten!**

Höppner, Butter-Spezialgeschäft 6016 Jüdenstr. 10, Merseburger Str. 32

Brillen-Winkler Lieferant sämtlicher Krankenkassen Jüdenstraße 36 5504

Billige Fleisch- und Wurstwaren 5505 **K. Bach,** Nicolaistraße 9

Adolf Krause Herren- und Knaben-Bekleidung Kl. Karlsd. Ecke Jüdenstraße 5506

Sie kaufen billig bei 5508 **Carl Reiter,** Jüdenstraße 12

Alles zu Joske 5507

Hohenmölsen

Kaufhaus Hirschberg 6034 Tuchern und Hohenmölsen

Lebensmittel-Zentrale Kolonial-, Grünwaren, hauschl. Wurstwaren, Lützener Str. 7 6040

Textilwaren billig u. gut bei **Ernst Fröhlich,** Lützener Str. 45 6041

Hamburger Kaffeelager 6042 **Thams & Garfs** Niederlage Hohenmölsen

Billige Fleisch- u. Wurstwaren **Paul Schubert** Weißenfelser Str. 28 6043

Erich Voges, Am Markt 14 Billige Fleisch und Wurstwaren empfiehlt sich bestens! 6044

Prima Fleisch- und Wurstwaren 6045 nur bei **W. Petermann,** Lützener Str. 19

Lubert's Gasthof empfiehlt sich den Arbeitern u. Angestellten, Zeitzer Str. 20 6035

6095 Reserviert

Schuhhaus Schröer Inh. E. Fuchs immer preiswert u. reell 6050

Lebensmittel, Farben, Lacke 6170 bei **Gieler Nachf.** Inh. K. Albrecht Degauer Str. 12

Waldemar Günther 6171 Billige Fleisch- und Wurstwaren Neumarkt 6

Muschwitz

Bau- und Möbeltischlerei 6446 **Minna Heger** empfiehlt sich

Fahrräder, Nähmaschinen Haushaltsartikel — Gasthof 6449 **Oswald Werner**

Bau- u. Möbeltischlerei 6448 empfiehlt sich **Paul Zinke**

Streckau-Luckenau

Albin Röhler Empfehle meine ff. Fleisch- und Wurstwaren. Prima Hausschlachtung 6907

A. Winkelmann 6908 Lebensmittel u. Schnittwaren

Schuhreparatur nur bei Kurt Winkelmann 6909

Kauft bei den Inserenten! 6910

Weißenfels

Emil Bunsch 5510 Nicolaistraße 46 **Woll-, Weiß- u. Kurzwaren**

Billige Fleisch- u. Wurstwaren 5512 **G. Kastenhuber,** Leipziger Str. 75

Fahrrad-Becker Leipziger Straße 6 5523

Kurzwaren, Wolle für Händler u. Wiederverkäufer **Regina Liebermann** 5525

Weiß-, Woll- u. Kurzwaren 5525 **Fr. M. Stengler,** Merseburger Straße 35

Kauft in Hoffmann's Gummi-Zentrale Jüdenstraße 36 5504

Billige Fleisch- und Wurstwaren 5505 **K. Bach,** Nicolaistraße 9

Dauersohle „Kraft 342" mit 1½ Jahr Garantie u. sonstige Reparaturen 5527 bei **W. Benn,** Markt 21

Leder- Sohlenausschnitte sowie sämtl. Schuhmacherbedarfsartikel 5513 billigst in großer Auswahl **Weißenfels** und **Naumburg** Novalisstr. 4 **Otto Harbig** Gr. Salzstr. 27

Lösen b. Weißenfels

B. BUCHNER 6178 Brot- u. Weißbäckerei, empfiehlt sich bestens

Göthewitz bei Weißenfels

Rich. Brauer Kolonialwaren u. Bäckerei 6454

Kretzschau

Kauft am Orte! 6717

Max Bernstein Bäckerei — Kolonialwaren Mühlstr. 5 6663

Max Starke Oststraße 3 6664 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Ewald Meister Gastwirtschaft z. Mühle 6665

Albin Burkhardt Schuhw. u. Import. Hauptstr. 28 6666

Albert Nobelt Kolonialw. — Schnittw. Hauptstr. 41 6667

Zeitz

Reserviert 6223

Tabakwaren 6500

Lebensmittelhaus **W. Brückner** 6501 Leipziger Str. 10

Lebensmittelhaus **Ari Schöberlein** 6502 Naumburger Str. 8 6503 **Esse dich gesund!**

St. Michaelis-Klause Beliebtes Arbeiter-Verkehrslokal 6228 Altmarkt 6 — Inh. Franz Schaeß

Rote Sportler kaufen nur bei **Geiger,** Röcher, Vorgartenstraße 7 **Fahrradhaus** u. Reparat. 6299

Schokoladenhaus Dirmer! Billig u. gut 6234 Gegenüber der Mohren-Apotheke

Lederfabrik Carl Steuer — Freiberg-Sa. Werkstoffstelle (Zeitz) Kaufm. 20 Leder vom Erzeuger direkt zum Verbraucher 6662

Rühnert & Co. Farben, Lacke, Oele Seifenwaren 6721 Webestr. 11

Reparatur **Schuhmacherei** 6723

Besucht das Tonfilmtheater 6728 **„Metropol"**

Robert Viehweger 6724 **Kolonialwaren** Klosterstr. 10

Leder-Müller, Jüdenstr. 48 5630 empfiehlt sich der Arbeiterschaft

Lebensmittel, Mehl u. Futtermittel 5631 **Leopold-Keil-Straße 18**

Jeden Donnerstag frische Landwurst sowie Lebensmittel bei **Fr. Rauch, Leopold-Keil-Str. 17** 5632

Trinkt mehr Milch! 5634 Zimmerstraße 2

Schokoladen-Lager R. Weigel ff. Kaffee u. Margarine 5635 Gr. Burgstr. 1 u. Saalstr. 42

Schuhhaus Bauer, Merseburger Str. 21 a **Billigste Bezugsquelle** 5636

Marg. Ulrich, Tagewerberer Str. 5 5637 Das Seifenspezialgeschäft für die Hausfrau!

Winkelmann-Hosenhaus an der Pforte 5628

Heuß Zigarren — Zigaretten u. Tabake auf der Pfennigbrücke 5620

Paul Dabelow kolonialwaren, Materialwaren, ff. Wurstwaren. Jeden Freitag Schlachtfest 6769

Droyßig

Deutsches Haus Angenehmer Aufenthalt **Tonfilm-Kino** 6906

Karl Oehmig Günstigste **Einkaufsquelle** für jede sparsame Hausfrau 6906

Großosterhausen

Unterstützt Eure Inserenten! 5992

Friseur Richard Voigt 6129

Kauft bei Euren Inserenten! 5991

Zeitz

Gerick Lederhandlung, Sportartikel billige Gummistiefel Brüderstraße 12 5979

Zuerst zu **Möbel-Schmidt** 5980 Kalbstraße 36

Immisch Zeitz 5981 Bekannt billig für Herren- u. Knaben-Kleidung

Otto Kemnitz, Schützenstraße 1a 5978 Zeitzer Sport- u. Fahrrad-Haus

Arbeiter, besucht die **Kellermann-Lichtspiele** 7004

Richard Weigel Wendische Straße 21 **Kaffee / Tee / Kakao Konfitüren** 7005

Hamburger Fischhallen Brüderstr. 8 6225 das erste Spezialgesch. am Platze

Radio-Apparate, elektr. Anlagen aller Art. Beleuchtungskörper in großer Auswahl 7007 **O. Knorr,** Petstalozzistraße 3

Zuerst zu HART 6230 Größtes Textilhaus von Zeitz!

Umpresserei, Hüte u. Putz, sämtl. Reinigung 6011 **M. Lüstner** An der Pforte 1

Tauche b. Weißenfels

Paul Markmann 6173 Kolonialwaren u. hausschlacht. Wurstwaren Buchdruckerei Zeitzer Straße 10

Herren- u. Damenfriseur — **Dauerwellen** 6176 **Hermann Sachse**

Berücksichtigt euren Gastwirt! 6173 **„Goldener Löwe"**

Gasthof „Einheit" 6174 Inhaber F. Müller. Weißenfelser Straße 1 Restauration und Kino

Fleisch- und Wurstwaren sowie **Lebensmittel** bei **C. Mauche** 6175 Herrenstraße 10

Friedrich Barthold Bäckerei und Kolonialwaren 6177 Langestraße 3

Wählitz

Paul Fuchs, Gasthof Fleisch- u. Wurstwaren 6326 empf. sich der Arbeiterschaft

Zembschen

GASTHOF ZEMBSCHEN empfiehlt sich bestens 6452 Max Grünzig

Naumburg

Trinkt die gute Milch von der **Meierei Obermölle**

Eure Zigarren, Zigaretten sowie Tabak bei 6746 **Otto Cornelius** Kanaltr. 21

Herren- u. Damenpullover 6617 Baskenmützen u. Strickjacken zu niedrigsten Preisen bei **Ch. Thurm**

Eure Fahrten sowie Kohlenbedarf u. Kartoffeln kauft bei 6767 **E. Schmidt** Amtsdorfer Str. 10 Tel. 931

WEIGEL'S SCHOKOLADEN-LAGER anerkannt billigste Schokoladen- und Zuckerwarenquelle / Herrenstraße 23 6613

Zeitz

Ein Haus der guten Qualitätswaren und der preiswerten niedrigen Preise — ist und bleibt **Mellow & Waldschmidt** Zeitz - Kremerstraße 9/11

Erich Funk 5984 **Aue — Zeitz** Günstigste Einkaufsquelle für jede sparsame Hausfrau

6227 **CAPITOL** zeigt das Beste und Neueste **BILD und TON** des Weltmarktes

6235 **Förderung** Zeitz — (am Neumarkt) verbilligt die Lebenshaltung

Sperling & Dinge Kolonialwaren, Kaffeerösterei Altmarkt 9

Für den **klassenbewußten Arbeiter** es nur eine **Einkaufsquelle,** das ist **Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz** 6720 e. G. m. b.

Hermann Göcker, Donaliesstraße 53 **Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparate** auf Teilzahlung

Kitzschmar

Landbrot

Teuchern

Hermann Pfeiffer, Steinmarkt Gute u. billigste Lebensmittel

Gasthof „Grüner Baum" 6020 Arbeiterverkehrslokal / Inhaber

R. Lieferenz, Papier- u. Schreibwaren Buchdruckerei Zeitzer Straße 10

Carl Hoffmann Probsteistraße 1

Oskar Elster, Lederhandlung **Kolonialwaren,** Zeitzer Str. 14

Johanna Frohn, Zeitzer Str. **Spielwaren** — Geschenkartikel

Franz Rupsch, Zeitzer Str. **Billige Lebensmittel**

Restaurant **Ottomar Schöne** Oberstraße 11

Trinkt Milch von **Hugo Berger** Obertor

Hamburger Kaffee-Lager **Thams & Garfs**

Teuchern-Rauthe

Arbeiter, besucht **Gasthof Rauthe** Verkehrslokal der Arbeiter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0008

...ge zur Vorbereitung des Bezirksparteitages

...ichtige Lehren auf dem Gebiet der Massenarbeit

Wir kämpfen mit Lenin: Konsumgenossenschaften müssen Organe des proletarischen Klassenkampfes sein!

...D-Konsumbonze preist Papen-Diktatur!

...Konsumverein Zeitz gehört zu den Organisationen, die ...immer sozialdemokratischer Führung in immer ...Tempo bergab rollen. Schärfste Rationalisierungs... immer neue Maßnahmen gegen die beschäftigten Ar... Angestellten, Kurzarbeit und Entlassungen finden den ...SPD-Bürokratie an. Es hilft alles nichts!

...Geschäftsführer Krause des Konsumvereins Zeitz be... der letzten Aufsichtsratssitzung seine Entwicklung zum ...Fascismus. Krause erklärte dort:

„...es ist ein ganzer Mann und seine Notverordnungen sind wirklich anerkennenswert."

...offene, brutale Feststellung löste eine scharfe Debatte aus. ...SPD-Vollmächtigte Paul Müller, tätig als Aufsichts... Konsumverein, erklärte: „Aber, Genosse Krause, das kann ...unmöglich sagen. Was sollen unsere Proleten darüber ... Der schwerbezahlte Geschäftsführer erwiderte darauf: **„Alles ist ja nicht so gut, aber in wirtschaftlicher Beziehung ...Notverordnungen doch wirklich erstklassig — großartig."**

Es kamen noch weitere Einzelheiten zur Sprache. Festgestellt wurde, daß die Situation des Konsumvereins immer schwieriger wird. Die Gewerkschaften sollen mobilisiert werden, um neue Mitglieder zu werben. Namhafte SPD-Funktionäre, u. a. auch Redakteure des „Volksboten", sabotieren den Konsumverein. Es wurde festgestellt, daß der Redakteur Eisold knapp hundert Mark Umsatz im letzten Jahr gehabt hat, und daß zwei andere seiner Genossen noch hinter ihm rangieren.

Und dieser Geschäftsführer Krause, der Freund von Papens Notverordnungen, darf immer noch Geschäftsführer sein, auf Kosten der Mitglieder 500—600 Mark Gehalt pro Monat beziehen und nur deshalb, weil die Mitglieder nicht den notwendigen politischen Kampfwillen aufbringen, mit derartigen faschistischen Größen endgültig aufzuräumen. Deshalb verstärkte Fraktionsarbeit und die sofortige Einberufung von Mitgliederversammlungen des Zeitzer Konsumvereins, um mit derartigen Gestalten endgültig Abrechnung zu halten.

...nsumverein Bitterfeld zieht die Bilanz

...s Ende sozialdemokratischer Kunst: 160 000 Mark Verlust — Keine Rückvergütung 600 Mitglieder ausgetreten — Spargelder sind gesperrt

...November fand auch der Vertreterversamm... Konsum- und Spargenossenschaft für den ...Bitterfeld statt. Die Bilanz für das letzte Ge... schriftlich vor. Einem Warenbestand von 78 000 M. ...Mitgliedern in Höhe von 307 000 Mark und ...an Spareinlagen gegenüber. Die Bilanz für ...Geschäftsjahr schließt ab mit einem Verlust von ...Mark. Das Inventar der rund 20 Verteilungsstellen ist ...mit dem niemals realisierbaren Wert ...Mark eingesetzt. Ebenso steht es mit der „vorsich... ...rung" der Grundstücke.

...Generalversammlung unternahm der Geschäftsführer ...Versuch, den Vertretern und Mitgliedern die Bilanz ...machen. Es wurde vorgeschlagen, daß der entstan... ...aus dem Reservefonds, der etwa 37 000 Mark ent... ...aus dem Geschäftsguthaben, die 174 000 Mark betragen, ...soll. Eine Rückvergütung soll in diesem Jahre ...nicht werden.

...Gespräche sind schon seit langem gesperrt und kom... in ganz seltenen Fällen und in ganz geringen ...zur Auszahlung und werden trotzdem immer weniger.

...Mitglieder über diese Tatsachen denken, wird dadurch ...

...mit dem Geschäftsjahr ausgeschieden sind und da... ...zahl der Mitglieder von 3409 auf 2793 gesunken ist.

...ist im letzten Geschäftsjahr um 33,8 Prozent zu... und dieser Rückgang hat in den letzten Monaten ...des Geschäftsjahres noch ganz andere For... ...

...versammlung hatte mehrere Anträge unterbreitet. U. a. ...schlagen, daß die Aufkündigung mindestens zwei ...vor dem Schluß eines Geschäftsjahres erfolgen müßte. Auf ...glaubten die Herren Sozialdemokraten in der Verwal... ...Mitglieder halten und ihren bankrotten Laden noch ret... ...Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit ab... ...Weitere Anträge, die Herabsetzung des Eintrittsgeldes ...die Herabsetzung der Entschädigungen für Sitzungen ...auf 1,50 Mark sowie statutarische Aenderungen be... ...einstimmig angenommen.

...Bürokraten sprachen sehr viel von Einigkeit, die un... ...wäre, um den Konsumverein noch zu retten, ...aber gleichzeitig eine wüste Hetze gegen die revo... ...Genossenschaftsopposition und gegen die ...ten. Sogar die alte Verleumdung wurde aufgetischt, ...Genosse Ertinger vom ARV Halle heute bei ...Gewerkschaften eine große Rolle spiele. Mit recht wiesen ...Vertreter darauf hin, daß, solange die SPD-Büro... ...Notverordnungsdiktatur unterstützt, auch gegen sie der ...geführt werden muß. Als der Genosse Rößler ...Ersuchen an den Vorstand richtete, bei der GEG ...Anleihe aufzunehmen und damit den Ausfall zu ...der Revisionsbeamte Barth,

...GEG bereits 300 000 Mark für Bitterfeld zinslos zur Verfügung gestellt habe.

...von der Opposition eingereichte Entschließung wurde ...Bewegung hinweggegangen. Jetzt wird es Aufgabe ...sein müssen, hier einzugreifen. Die Vorschläge der revolutionären Genossenschaftsopposition zeigen den Weg, den es einzuschlagen gilt. Die Konsumvereine müssen Organe des Klassenkampfes sein.

...nschaftsorganisationen ...ein Teil des Klassenkampfes

...Thesen des Ekki zu den Aufgaben der Kommuni... Konsumgenossenschaften:

...wendig, auch in der Genossenschaftsbewegung ...liche Zahl der Mitglieder zu aktiven Organisa... ...Agitatoren des proletarischen Klassenkampfes zu ...auch die Sicherung der finanziellen Unterstützung ...und sonstigen Opfer des Klassenkampfes ist ...ge Aufgabe. Notwendig ist aber vor allem, zu ...die Genossenschaftsorganisation ihrerseits bei... ...Sammlung und Vorbereitung der Massen zur Er... ...aktiven Kadern für die entscheidenden Kämpfe

Hirsemann hofft auf die besseren Zeiten im Biergeschäft

Am Mittwoch, dem 16. November, fand die Generalversammlung des Konsumvereins Ammendorf statt, die den Bericht der Verwaltung über das letzte Geschäftsjahr entgegennahm. In der üblichen Weise wurde diese Versammlung mit einer wüsten Hetze Hirsemanns gegen die Kommunisten eingeleitet. Die vorgelegte Bilanz,

die mit einem Verlust von über 8000 M. abschließt, in der z. B. einem Warenkonto von 98 000 M. Warenschulden in Höhe von 143 000 M. gegenüberstehen,

die auch in sonstiger Weise sehr viel Angriffsfläche bot, wurde mit dem Hinweis auf die katastrophale Wirtschaftslage, dem eingetretenen Umsatzrückgang usw. zu erklären versucht. Nach Hirsemann tragen nur die Kommunisten die Schuld an der bankrotten Lage des Konsumvereins. Er, der früher bei jeder Gelegenheit erklärte, „wem es nicht paßt, der kann ja austreten",

jammert jetzt darüber, daß so viele dieser Aufforderung gefolgt sind und fordert sogar die Ausgeschlossenen wieder zum Eintritt in den Konsumverein auf.

Nach Hirsemanns Ausführungen zu urteilen, glaubt er, mit dem Biergeschäft noch einmal den Konsumverein retten zu können. Mikowski-Hamburg suchte Hirsemann und dessen Freunde in ihrem Kampf gegen die Kommunisten zu unterstützen. Die Vertreter der Genossenschaftsopposition zweifelten die Bilanz an und forderten die Wahl einer Revisionskommission. Diese Aufforderung wurde natürlich mit einem wüsten Geheul aufgenommen. Genosse Wollmann zeigte in seinen Ausführungen, wie die SPD-Funktionäre in den Gemeinden als Einpeitscher der Notverordnungsmaßnahmen tätig sind. Er forderte vor allem,

daß die Konsumvereine durch die Unterstützung von Streikkämpfen der Arbeiterschaft ihre Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen müßten.

Ein SPD-Mann behauptete, die Genossenschaften müßten unpolitisch sein. Demgegenüber gilt es festzustellen, daß das Büro des Ammendorfer Konsumvereins heute das Geschäftszimmer der „Eisernen Front" ist, deren Funktionäre Schlüssel zu Büro und sogar zum Schreibtisch Hirsemanns besitzen.

Mit den bekannten Schiebermethoden wurden die Abstimmungen durchgeführt. Nur so konnte die Verwaltung erreichen, daß ihr mit 240 gegen 176 Stimmen Entlastung erteilt wurde. Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied wurde Roths erneut gewählt.

Es steht unzweifelhaft fest, daß das Renegaten Hirsemanns Reich, der Ammendorfer Konsum, von der Hamburger Bürokratie nur noch aus Prestigegründen über Wasser gehalten wird. Die aus den staatlichen Kassen erhaltenen Millionenkredite gehen vorläufig noch die Möglichkeit dazu. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen aber müssen wir für den revolutionären Genossenschaftskurs gewinnen.

Alle Arbeiter-Konsumvereine

in Halle, Döllnitz, Dieskau, Teutschenthal, Zörbig, Giesien usw. bekundeten den streikenden Arbeitern Solidarität!

Und du Arbeiterfrau?

Werde Mitglied und decke den Warenbedarf in den Verteilungsstellen der Arbeiter-Konsumvereine, damit stärkst du die Klassenfront!

Rote Konsumvereine als Streikhelfer

Vorkämpfer der revolutionären Genossenschaftsopposition — In allen Konsumvereinen gilt es vorzustoßen!

Die Generalversammlung des Arbeiter-Konsumvereins Merseburg, Leuna und Umgegend, die durch einen guten Besuch das rege Interesse der Mitglieder an der Entwicklung zeigte, war auch gleichzeitig eine Bilanz der Unterstützung von Arbeiterkämpfen. Genosse Hartmich konnte über den guten Stand der jungen Organisation berichten. Die Entwicklung zeigt eine ständig aufsteigende Kurve. Die Merseburger Arbeiterschaft ist trotz der Verbrechen der SPD-Bürokratie an der Zerschlagung des alten Konsumvereins den revolutionären Genossenschaftszielen treu.

Genosse Hübner gab den Bericht des Aufsichtsrates und schilderte dabei, daß alle Verwaltungsarbeiten des Vorstandes und des Aufsichtsrates ehrenamtlich durchgeführt werden, so daß der Gesamtunkostensatz nur **10,4 Prozent beträgt.** Demgegenüber beträgt der Durchschnittsunkostensatz in den SPD-Konsumvereinen zur Zeit über 22 Prozent.

Den Wert der roten Konsumvereine für die Arbeiterklasse beweist aber vor allem die Tatsache, daß der ARV in einer ganzen Reihe von Streikkämpfen die streikenden Arbeiter unterstützen konnte.

Dies war der Fall in dem Streik der Weißenfelser Bauarbeiter und Schuharbeiter. Auch bei dem Streik der Porzellanarbeiter in Torgau und bei den Aktionen der Wohlfahrtsempfänger in Kötzschen und Merseburg wurde eingegriffen. Diese Solidaritätsmaßnahmen wurden einstimmig gutgeheißen und dem Vorstand Entlastung erteilt.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gegen die Notverordnungsdiktatur, gegen die Zoll- und Steuermaßnahmen, die dem hungernden Proletariat sogar das Salz vom Brote rauben, der schärfste Protest erhoben und gleichzeitig gelobt, als Massenorganisation alle Kräfte einzusetzen zur Herstellung der roten Einheitsfront gegen Hunger, imperialistischen Krieg und Faschismus, zum Schutze der Sowjetunion, für ein sozialistisches Deutschland.

Solidarisch mit den eingekerkerten Klassengenossen

Am 21. November fand ein gutbesuchte Mitgliederversammlung des Arbeiterkonsumvereins Seeben statt. Hier und da war unter den Mitgliedern der Gedanke aufgetaucht, daß der neue rote Arbeiterkonsumverein auch irgendwie Rückvergütung oder Rabatt zahlen müßte. Nach einer glänzenden politischen Aussprache wurde einmütig beschlossen, von jeder Rückvergütung Abstand zu nehmen. Ebenso einmütig beschloß die Versammlung Protestentschließungen gegen das Wüten der Klassenjustiz und gegen das in Chemnitz gefällte Todesurteil sowie gegen die Inhaftierung der Genossen Anheier und Ruhland aus Könnern. Es wurde die Freilassung der eingekerkerten proletarischen politischen Gefangenen gefordert.

Die Entwicklung des Arbeiter-Konsumvereins Seeben zeigt, daß eine klare, oppositionelle Genossenschaftspolitik von der Arbeiterschaft durchaus verstanden wird. Fest und geschlossen stehen die Mitglieder in der revolutionären Klassenfront.

In roter Einheitsfront gegen alle Spaltungsmanöver

Die Generalversammlung des Arbeiter-Konsumvereins Dürrenberg bestätigte, daß die Mitglieder trotz der Hetze der Gegner und insbesondere der SPD-Bürokratie einmütig hinter der Verwaltung steht. Dies zeigte sich auch durch die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes und des Aufsichtsrates.

Die Ausführungen der Genossen Köllner und Fritz über die verräterische Rolle der SPD-Politik in den Genossenschaften wurden von der Versammlung mit Beifall entgegengenommen. Der einmütig gefaßte Beschluß, die Erübrigung aus dem Geschäftsjahr so zu verteilen, wie es sich einer roten Genossenschaft gehört, bestätigte, daß die Mitglieder durchaus einsehen, daß die Konsumvereine im Kampf der Arbeiterklasse andere Aufgaben zu erfüllen haben als nur Waren zu verteilen. Es wurde hingewiesen auf die Maßnahmen der GEG und der Verwaltung der SPD-Vereine, die die Gelder der Mitglieder dazu benutzen, um mitzuarbeiten an der Zerstörung der Genossenschaftsbewegung, um die SPD-Zeitungen zu sanieren und den Gegnern der Arbeiterschaft Zuschüsse zu leisten. Die Versammlung wurde mit einem kräftigen „Rot Front!" geschlossen.

In Dürrenberg hat der Leipziger SPD-Konsumverein einen neuen Laden eröffnet. So organisiert die SPD-Bürokratie die Spaltung der Genossenschaftsbewegung.

Gewinnung der werktätigen Frauen!

„Ein wichtiger Teil unserer revolutionären Arbeit in den Genossenschaften muß auf die werktätigen Frauenmassen eingestellt sein, da es gerade die Frauen sind, die tagtäglich mit den Genossenschaften in Berührung kommen. Die Massenbasis für diese Arbeit liegt bei den Verkaufsstellen, wo wir die Möglichkeit haben, die Verbindung mit den Betriebsarbeiterinnen, mit den proletarischen Hausfrauen und auch den Frauen aus dem Mittelstande aufzunehmen, und sie, ausgehend von den die Frauen am meisten berührenden Fragen der Preise, der Nöte der Arbeiterfamilien, der Erwerbslosigkeit usw., für die Kämpfe der Arbeiterklasse zu gewinnen."

(Beschlüsse des Ekki zur Arbeit in den Konsumgenossenschaften.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Mittwoch, den 23. November 1932

Sondernummer der „Illustrierten Bauern-Zeitung": „Schluß mit Hitler!"

Ueberall in den Dörfern ist das Vertrauen zu Hitler im Wanken. Jetzt gilt es, mit aller Kraft nachzustoßen und die Landbevölkerung vollends dem faschistischen Einfluß zu entreißen. Dazu erschien am 22. November eine Sondernummer der „IBZ" **„Schluß mit Hitler!"** In dieser Nummer geben wir vor allem wieder **unseren bäuerlichen Freunden selbst das Wort.** Ein Kleinbauer aus Braunschweig berichtet, warum er **nach neunjähriger Mitgliedschaft in der NSDAP zur roten Front** gekommen ist. Ein anderer Freund vom Niederrhein schildert außerordentlich lebendig **das brutale Auftreten eines faschistischen Grafen** gegen seine Pächter. Zahlreiche andere Briefe und Berichte legen Zeugnis ab von dem gewaltigen Prozeß der Umorientierung, der sich gegenwärtig im deutschen Dorf abspielt.

Der „IBZ"-Brief beschäftigt sich mit den **neuesten Erscheinungen des faschistischen Terrors:** Abfangen der Sowjetdelegation, Presseverbote, Terror in den Dörfern. In einem besonderen Artikel warnen wir die sich von den Nazis loslösenden Bauern vor dem Stahlhelm, dessen gefährliche Bedeutung im Dorf wächst.

Eine Diskussion zwischen einer Kleinbäuerin und einer Arbeiterin aus der Stadt deckt die wichtigsten Punkte des Nazischwindels gegenüber den Frauen auf.

Organisiert den Massenvertrieb dieser Anti-Nazi-Sondernummer!

Am 27. November geht alles mit der neuen „IBZ" ins Dorf!

Jede Ortsgruppe bestellt sofort Verkaufsexemplare beim Verlag der „IBZ", Berlin W 9, Linkstraße 11.

Kriegsopfer wählen Delegierte zum Bezirksparteitag der KPD

A.-K. Eisleben. In der am Sonntag im Lokal „Weißes Roß" stattgefundenen Generalversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit wurden drei Delegierte zu dem Unterbezirks- und ein Delegierter zum Bezirksparteitag gewählt. Die Versammlung sieht nur in der Kommunistischen Partei die ehrliche Kämpferin für die Verteidigung der elementarsten Rechte aller Werktätigen. Nur die KPD war stets bereit, gegen jede Verschlechterung der Rentenbezüge unter Bildung der roten Einheitsfront den Kampf aufzunehmen.

Die Delegierten werden auf diesen wichtigen Tagungen die feste Verbundenheit des Internationalen Bundes mit der Kommunistischen Partei zum Ausdruck bringen.

Stoßbrigadenarbeit weckt die schlafenden Kräfte

A.-K. Heldrungen. Nachdem der 6. November der Kommunistischen Partei den großen Erfolg brachte, ist es auch für Heldrungen angebracht, Rückblick zu halten über die geleistete Arbeit. Zu Beginn der Wahlkampagne stellte sich hier eine Stoßbrigade des Kampfbundes gegen den Faschismus von der Ortsgruppe Halle ein, um den Kampfbund, der hier im Einschlafen war, wieder auf seine alte Höhe zu bringen. Dieser Stoßbrigade war es möglich, in Heldrungen für 10 Mark Kampfbund-Literatur zu verkaufen, bei den Geschäftsleuten 4 Mark für den Wahlfonds zu sammeln. Diese Arbeit wurde von unseren Genossen mit ziemlich gemischten Gefühlen verfolgt. Als dann die Kampfbundbrigade aber auch noch die Parteiliteratur verkauft hatte, stellten sich unsere Genossen nicht länger beiseite.

Die Parteiortsgruppe und die roten Sportler stellten ebenfalls Stoßtrupps und es begann ein reges Leben, wie es die kühnsten unter uns nicht erwartet hatten.

Ueberall sah man unsere roten Armbinden. Die Wahlkampagne hat unseren Genossen bewiesen, daß es Erfolge gibt, wenn gearbeitet wird. Unsere Propaganda wurde so durchgeführt, daß wir eine selbstgebaute Plakatsäule durch die Stadt trugen und dabei unsere Literatur verkauften.

Der Umsatz war wie folgt: Broschüren und Zeitungen für 25,10 Mark, dabei noch 150 Ortszeitungen und „Klassenkampf"-Sondernummern extra. Und zwar verteilten sich 150 Stück folgender Weise: 70 Stück in Heldrungen, je 40 Stück in Bretleben und Gordieben.

Die roten Sportler sammelten ebenfalls 8,65 Mark für den Wahlfonds der KPD und außerdem konnten sie noch für 6 Mark Literatur umsetzen. Bei der Abstimmung zur Reichstagswahl selbst kam zum Ausdruck, daß wir die anerkannten Führer der Arbeiterschaft sind. Das bewies auch der „Klassenkampf"-Vertrieb vom 7. November. Es wurden in Dreiviertelstunde 150 „Klassenkampf"-Exemplare verkauft.

Jetzt aber darf es kein Einschlafen geben. Unter der Losung: „Unser bolschewistischer Gruß dem Bezirksparteitag" gilt es weiter vorzustoßen. Werbung von Betriebsarbeitern für die Partei und die revolutionären Massenorganisationen steht als Hauptaufgabe. Jeder muß in der antifaschistischen Front ein aktiver Mitkämpfer sein.

Den Rentnern wird alles geboten!

Selbst die Hungerpfennige der amtlichen Richtsätze sind noch zuviel — Organisiert den Ren

A.-K. Neumark. Der Kreisausschuß Querfurt hat eine salomonische Entscheidung getroffen. In letzter Zeit wurden an den amtlichen Stellen der Gemeinden durch Aushang die Richtsätze der allgemeinen und der gehobenen Fürsorge — festgelegt durch den Kreisausschuß — bekanntgegeben. Ein Rentenempfänger Karl Schiller in Neumark hatte nun gegen die ihm bewilligten Sozialrentenunterstützung mit der Begründung Einspruch erhoben, daß sie um 3,70 Mark unter dem festgesetzten Richtsatz bleibt. Er forderte Erhöhung auf den Richtsatz!

Diese Forderung wurde von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses abgewiesen mit der Begründung, „daß der Kreis nicht in der Lage sei, die durch Notverordnung gekürzten Rentenbezüge aus Kreismitteln zu erstatten".

Der Kreisausschuß ist also der Auffassung, daß der Rentner noch mehr hungern soll als es schon bei den von ihm festgesetzten Richtsätzen notwendig ist.

Wie verhält es sich aber für den vom Kreisausschuß zur Ablehnung herbeigezogenen Begründungen?

Die 10 Prozent, die für eine freie Wohnung in Anrechnung gebracht werden, gelten für ein Loch, das noch als „Wohnung" bezeichnet wird, die aber schon im Jahre 1925 von dem Kreisarzt Dr. Raymund als unbewohnbar erklärt wurde, ein Zeichen der Zustände in der Gemeinde, daß der Rentner noch ein volles Jahrzehnt in diesem Loch hausen muß.

Als vor längerer Zeit ein Wohlfahrtsempfänger, der 30 monatliche Miete zahlen mußte, eine Erhöhung des Mietzuschusses von 6 auf 15 Mark beantragte, erging vom Beschlußausschuß des Berufungsinstanz das salomonische Urteil, der Antragsteller solle sich eine billigere Wohnung mieten. Woher er dieses Geld nehmen sollte, wurde leider nicht angegeben. In dem obigen Falle, das gesundheitsschädliche Loch keine Miete verlangt, kann, wird sie aber in Anrechnung gebracht.

Wir sind der Auffassung, daß, wenn von Behörden und amtlich Richtsätze bekanntgegeben werden, diese unter Umständen auch eingehalten werden müssen. Es sind aber von Fällen bekannt, wo man aber Sozialrentnern unter den Richtsätzen zahlt.

Deshalb müssen die Rentenempfänger sich restlos im Nationalen Bund organisieren, um gemeinsam den Kampf zur Beseitigung der Notverordnungen und für die Erhöhung der Renten zu führen.

Kirchenhäupter suchen ihre Abtrünnig

A.-K. Schkortleben. In Schkortleben und Groß-Corbetha ist seit einem Jahr ein Pfarrer Bloß tätig. Seit dieser Zeit wird von der schwarzen Reaktion alles versucht, um in diesen Orten die abtrünnigen Schäfchen wieder unter die Fittiche zu bekommen.

Vor kurzer Zeit versuchte der Pfarrer unseren alten Genossen Gottlieb Friedrich, der im Sterben lag, wieder für sich zu gewinnen, mußte aber wie geprügelt von dannen ziehen. Gerade in letzter Zeit waren in Groß-Corbetha und Schkortleben eine Anzahl Kirchenaustritte zu verzeichnen. Das ist dem Pfarrer auf die Nerven gefallen, aber was tun? Hier war es bis jetzt so, daß derjenige, der die Nachtwache hatte, auch das Glockenläuten und die Totenbestattung besorgen mußte. In Groß-Corbetha hatte der Sozialdemokrat Karl Zander diesen Posten inne. Ihm hat der Pfarrer jetzt zu verstehen gegeben, daß er Doppelverdiener wäre und das Amt als Kirchendiener abtreten müßte, an seine Stelle ist ein Stahlhelmer getreten. Das gleiche wird jetzt auch in Schkortleben durchgeführt. Hier war es ein parteiloser Arbeiter, der abgesägt wurde. Eine große Rolle spielt dabei der mit dem Hakenkreuz geschmückte Adolf von Schkortleben, der ehemalige Gemeindevorsteher Schmidt. Er ist weit bekannt geworden durch seinen Verrat an der Arbeiterschaft, heute spielt er eine große Rolle im Kirchenrat usw. Die Zahl der Kirchenaustritte muß noch schneller ansteigen, mögen die Pfarrer doch auch stempeln gehen.

Es gibt hier noch eine große Reihe von Geschäftsleuten, die sehr gerne Arbeitergroschen einnehmen, aber für Arbeiterveranstaltungen nichts übrig haben. An deren Spitze steht der Fleischer Paul Ton, ein eingeschriebenes Mitglied der Partei. Die Arbeiterschaft muß daraus ihre Schlüsse ziehen. Alles muß getan werden, um auch hier in den ländlichen Orten die rote Einheitsfront zu stärken und zu helfen, die entscheidenden Kämpfe gegen den Kapitalismus vorzubereiten. Jeder muß dabei ein Mitkämpfer sein.

Wir müssen weiter vorstoßen

A.-K. Osmünde. Die neugegründete Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus führte am Sonntag, 13., und Mittwoch, dem 16. November, eine Landagitation durch. Es konnten dabei sehr gute Ergebnisse erzielt werden. Es wurden verkauft: 148 Broschüren und Zeitungen, die sich auf die Nationalsozialistische Partei, RGO und Rote Hilfe verteilten.

Gleichzeitig gelang es aber, mit den Bauern und Landarbeitern gute Diskussionen durchzuführen. Von allen wurde es begrüßt, daß revolutionäre, klassenbewußte Arbeiter auch nach den Dörfern dem Lande Propaganda entfalten.

Wir stoßen weiter vor! Unser gesetztes Soll: 200 Broschüren muß bis Anfang Dezember erreicht werden.

Wer macht es nach?

Der Kampfbundgenosse Willy Bau aus Osmünde hat an einem Sonntag 150 Lose für die RGO umsetzen. Eine Aktivität müßte jedes Kampfbundmitglied entfalten. Genossen ein kräftiges Sturm bereit!

SPD-Arbeiter, her zur roten Einheitsfro

A.-K. Etzoldshain, Kreis Zeitz. Als die KPD vor der Wahl eine Versammlung ansetzte, ging auch die SPD mit ihrem Amtsvorsteher Knoblat dazu über, eine Versammlung zu organisieren. K. erklärte Arbeitern gegenüber, daß eine Versammlung pleite gehen müßte. Es zeigte sich nun folgendes: Die KPD hatte in ihrer Versammlung 40 Besucher, nur Ortsansässige, während die SPD wohl 60 Besucher zählte, die aber aus dem ganzen Unterbezirk zusammengetrommelt waren. Der Amtsvorsteher ging dann aber sogar dazu über, jugendliche Arbeiter aufzufordern, die kommunistischen Wahlplakate zu entfernen und bot eine Mark dafür. Die Jugendlichen hatten aber mehr politisches Verständnis und lehnten die freche Zumutung ab.

In der Nacht zum Wahlsonntag unterhielten sich auf der Straße SPD-Funktionäre, wobei einer erklärte:

„Ja, wir müssen zusammengehen. Aber die Ochsen bekreisen sie ja nicht, ein Ochse zieht vor dem Pfluge und zwei ziehen rückwärts."

Aus dem Gespräch war zu entnehmen, daß mit den beiden rückwärts ziehenden Ochsen die Bergholz und Franken gemeint waren. Diese Einschätzung der SPD-Bürokraten hat sich ja durch den Ausfall der Reichstagswahlen bestätigt.

Das ist eine ernste Mahnung an alle SPD-Arbeiter und SPD-Funktionäre. Wenn sie zu der Einsicht gelangen, daß ihre Führer dem Sieg der Arbeiterklasse entgegenarbeiten, dann dürfen sie ihnen nicht mehr länger nachlaufen. Schafft die rote Einheit, die wichtigste Vorbedingung für den Sieg der Arbeiterklasse.

Kurzberichte aus dem Gerichtssaal

A.-K. Weißenfels. Vergehen gegen Sprengstoffgesetz. Der Landwirt Paul Landmann aus Kunthai hatte ohne Erlaubnisschein 75 Sprengpatronen und 50 Sprengkapseln im Besitz. Kinder hatten dieses Sprengmaterial aus dem Aufbewahrungsraum herausgeholt. Da Landmann den Genehmigungsschein nicht erneuerte, hatte er sich hier wegen Sprengstoffvergehens zu verantworten. Das Urteil lautete: 3 Monate Gefängnis mit 3 Jahren Bewährungsfrist.

Wirtschaftliches Elend bringen Arbeiter auf die Anklagebank

Der Arbeiter Walter Kuhni aus Zorbau ist der Urkundenfälschung und des Betrugs angeklagt, da er bei dem Wohnungsamt eine höhere Miete im Mietsquittungsbuch eingetragen und dadurch vom Wohlfahrtsamt 14 Mark zuviel Beihilfe erhielt. Der Arbeiter wurde zu zwei Wochen Gefängnis bei zwei Jahren Bewährungsfrist verurteilt.

Invalidenbeiträge nicht abgeführt.

Der Landwirt Gustav Wolfermann aus Beth hatte die Invalidenbeiträge eines Arbeiters in Höhe von [illegible] nicht abgeführt. Er ist ebenfalls eines der Opfer des Inflationssystems geworden, da sein Gut mit 60 Morgen Eigentum, 150 Morgen Pachtland wegen Nichtaufbringens der Hypotheken versteigert wurde. Bezeichnend ist, daß der Angeklagte gläubiger, der zu der Versteigerung trieb, ein Meistbietender gerichtsstat ist. Drei Wochen Gefängnis wurden wegen reichende Sühne anerkannt. Strafaussetzung wird gewährt, die zu zahlende Summe von 168 Mark innerhalb eines Jahres zahlt wird.

Ein Nazi-Krampf

Der Schuhmacher Karl Hermann aus Lützen war Träger der Nazizeitung „Kampf". Er hatte die Zeitung in Höhe von 54,66 Mark nicht abgeliefert, sondern für sich [illegible]. Er wollte das Geld verloren haben. Er wurde zu zwei Wochen Gefängnis bei dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Hohenmölsen. Unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Unter dem Verdacht, den Brand im Herbst eingeäscherten Schober selbst angelegt zu haben, ein Gutsbesitzer aus Jaucha verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Belastend ist auch, daß der Verhaftete hohe Summen gegenüber der Versicherungsgesellschaft viel höher bewertet, als er in Wirklichkeit war.

Kein Betrieb
Keine Stempelstelle
Kein Häuserblock

ohne Massenverbreitung der Broschüre:
ERNST THÄLMANN
„Im Kampf gegen die faschistische Diktatur"
20 Pf

Unser Kampf
gegen Versailler und imperialistischen Krieg!
Für nationale und soziale Befreiung!

UNWIDERLEGLICHE TATSACHEN!
WAFFEN FÜR UNSERE AGITATION UND PROPAGANDA, ENTHÄLT DIE BROSCHÜRE
PARIS-BERLIN
HERAUSGEGEBEN VON DER KPD
40 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321123-14/fragment/page=0010